Kommunalwahlprogramm 2021
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BRAUNSCHWEIG

Inhaltsverzeichnis

Erfolge Grüner Ratsarbeit 3
Braunschweigs Zukunft gestalten 5
Tatjana Schneider: parteiunabhängige Oberbürgermeisterkandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7
Menschen, Umwelt und Klima schützen 15
Die Energiewende beschleunigen 22
Wissenschaft, Wirtschaft und die Region 28
Leben und Wohnen 32
Grüne Mobilität 37
Eine sorgende Stadtgesellschaft 41
Stadt für Kinder und Jugendliche 47
Weltoffene, solidarische, geschlechtergerechte Stadt 54
Kultur und Sport 62
Digitalisierung, Finanzen und Verwaltung 66
Unsere Spitzenkandidat*innen für den Rat der Stadt 71

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Braunschweig

Madamenweg 171
38118 Braunschweig
Tel.: (05 31) 1 64 00

Mail: info@gruene-braunschweig.de
www.gruene-braunschweig.de

Layout: Mädchenkollektiv
Lektorat: Miriam Grupe, lesbar
Druck: oeding print GmbH
Gedruckt nach höchsten Umweltstandards

Portrait Tatjana Schneider: Sebastian Dorbrietz
Portrait Leonore Köhler: Finn Siegismund
Alle anderen Portraits: Leonore Köhler

Platz für Eure Ideen, Gedanken und Anmerkungen zum Wahlprogramm

ERFOLGE GRÜNER RATSARBEIT

Wir sind seit 40 Jahren im Rat der Stadt vertreten. Anträge und Ideen unserer Fraktion im Rat haben in Braunschweig die Politik der letzten Jahrzehnte und natürlich auch der letzten Legislaturperiode mitgeprägt.

GRÜN IN DER STADT GESICHERT UND GEFÖRDERT

- Neupflanzungen von Bäumen nach Dürre und Sturmschäden sichergestellt
- Herbizid-freie Grünflächenpflege auf Sportplätzen und öffentlichen Flächen beschlossen

DEN TIERSCHUTZ WEITERGEBRACHT

- Stadttaubenmanagement auf tierschutzgerechte Füße gestellt

KLIMA-, UMWELT- UND NATURSCHUTZ VERBESSERT

- Förderprogramme für regenerative Energien und Photovoltaik auf städtschen Gebäuden aufgelegt und nach großem Erfolg schrittweise erhöht
- Klimaschutz- und Naturschutzpreise ausgelobt und verstetigt
- Massiv umweltschädliche Gummiverfüllung in Kunstrasenplätzen für Neubauten gestoppt

MOBILITÄT ZUKUNFTSGERECHT GESTALTET

- Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ mit den Radverbänden erarbeitet
- Stadtbahnausbau konstruktiv begleitet und vorangetrieben

In Zukunft wollen wir auf unseren Erfolgen aufbauen und unsere Erfahrungen nutzen, um unser hier vorgestelltes Programm umsetzen zu können.

BRAUNSCHWEIGER*INNEN BETEILIGT

- Wichtige Beteiligungsprozesse wie zum Hauptbahnhofsumfeld, der Bahnstadt und beim Hagenmarkt aktiv angestoßen und begleitet

BEZAHLBAREN WOHNRAUM GESICHERT

- Verlängerungen auslaufender Belegungsbindungen
- Gründung der Zentralen Stelle Wohnraumhilfe
- Wohnraumförderprogramm aufgelegt
- 20-%-Quote für geförderten Wohnraum bei Neubauten beschlossen
- Geld für den Ankauf von Belegungsrechten zur Verfügung gestellt

IN BILDUNG INVESTIERT

- 6. Integrierte Gesamtschule (IGS) beantragt und auf den Weg gebracht
- Schulkindbetreuungsplätze auf 60 % ausgebaut und die Planung auf nun 80 % erhöht
- Kindergartenbetreuung ausgebaut und verbessert
- Grundsatzbeschluss zum Ausbau aller Grundschulen zu kooperativen Ganztagsgrundschulen und Ausbauprogramm für mindestens zwei Schulen pro Jahr verabschiedet
- Schüler*innen-Fahrkarten nach langem Kampf endlich eingeführt
- Einrichtung und Ausbau von kommunaler Schulsozialarbeit durchgesetzt

ENTWICKLUNG SOLIDARISCHER QUARTIERE UNTERSTÜTZT

- Nachbarschaftszentren den Weg geebnet und aktiv in die Planung eingebracht

NACHHALTIGE UND GENERATIONENGERECHTE HAUSHALTE ERSTRITTEN

- Fünf Jahre aktiv den Haushalt gestaltet und mitgetragen
- Notwendige Investitionen vorangetrieben und die Stadt finanziell solide aufgestellt

VERÄNDERUNG BEGINNT HIER

LIEBE BRAUNSCHWEIGER*INNEN

in den vergangenen fünf Jahren haben unsere grünen Mitglieder im Rat und den Bezirksräten viele wichtige Entscheidungen und Projekte angestoßen, umgesetzt und mitgetragen. Der Braunschweiger Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist gewachsen – personell und programmatisch. Wir haben viele neue Mitglieder gewonnen und jede Woche werden wir mehr. **Wir haben diskutiert, uns engagiert, demonstriert – haben begonnen, neue Themen zu bearbeiten, und wir haben viele neue Arbeitsgruppen gegründet.** Bei den letzten Europawahlen waren wir stärkste Kraft in Braunschweig. Unsere Stadt braucht genauso wie unser Land **Veränderung.** Dafür braucht es neben Engagement, klugen Ideen und Konzepten vor allem den Willen, Themen mutig und neu zu denken und in die Realität umzusetzen! **Wir haben kluge Konzepte für Braunschweig.** In der nächsten Legislaturperiode werden wir mit einer starken Ratsfraktion, engagierten Bezirksrät*innen und einer gestaltenden Oberbürgermeisterin Tatjana Schneider die Herausforderungen, vor denen Braunschweig steht, nachhaltig und zielorientiert angehen.

Die größte Herausforderung, die Klimakrise, ist nach wie vor präsent! Auch in Braunschweig haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Unsere Hauptaufgabe ist, die **Klimaschutzmaßnahmen in unserer Stadt sozialgerecht umzusetzen.** Es müssen enorme Anstrengungen unternommen werden, damit Braunschweig wie geplant bis 2050 klimaneutral wird. Doch mit diesem Ziel geben wir uns nicht zufrieden. Wir wollen bewirken, dass Braunschweig deutlich schneller seine CO_2-Emissionen senkt – am besten bis 2030 auf null. Gleichzeitig müssen wir die Stadt auf die Folgen der Klimakrise vorbereiten. **Wir wollen gefährdete Arten schützen sowie die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt erhöhen.**

Auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise müssen wir gemeinsam angehen: Hier müssen wir die Bereiche in den Fokus nehmen, die besonders stark von der Krise betroffen sind und waren – allen voran **Familien, Kinder und Jugendliche,** aber auch das **kleine mittelständische Einzelhandelsunternehmen** oder die **Gastronomiebetriebe**. Nicht vergessen dürfen wir auch die **Kulturschaffenden** sowie die vielfältigen **Kulturbetriebe** in unserer Stadt. Nur durch eine stabile Wirtschaft können wir dafür sorgen, dass Braunschweig für alle eine lebendige und attraktive Stadt bleibt. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

In den letzten Jahren und Monaten erleben wir leider in Braunschweig ein Aufleben der rechten Szene. Für uns ist klar, **wir stellen uns entschieden und aktiv gegen Ausgrenzung, Rassismus und Faschismus.** Unser Braunschweig ist eine weltoffene, vielfältige Stadt, die sich mit Geflüchteten solidarisiert.

Wir müssen unsere Stadt zukunftsgerecht weiterentwickeln. Dazu müssen wir aufhören, in separaten Kategorien zu denken, und stattdessen **ganzheitlich handeln.** Zum einen müssen wir die **Voraussetzungen** schaffen, dass die **Verkehrs- und Mobilitätswende** erfolgreich in Braunschweig fortschreiten kann. Aber auch die **Umgestaltung der Quartiere** und der Braunschweiger **Innenstadt** muss in den Fokus rücken. Wir wollen Braunschweig zu einer attraktiven und lebenswerten Stadt für alle gestalten. Dabei dürfen wir das Allerwichtigste nicht aus den Augen verlieren, die Einwohner*innen der Stadt: euch. **Aktive Teilhabe** ist daher für uns ein wesentliches Element allen politischen Handelns. Wir möchten uns euren Sorgen, Ängsten, Nöten aber auch Wünschen und Visionen stellen, euch zuhören und mit euch **gemeinsam an Konzepten für Braunschweig arbeiten.** Dieses Programm bietet Ideen und konkrete Konzepte für **ein nachhaltiges, ökologisches, soziales, geschlechtergerechtes und offenes Braunschweig** an, in dem sich **alle Einwohner*innen wohlfühlen** können. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Braunschweig wollen Verantwortung für Braunschweigs Zukunft übernehmen – in den Räten und mit einer starken Oberbürgermeisterin. Dafür bitten wir euch um eure Stimme und euer Vertrauen.

Anton Hensky
– Sprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Kreisverband Braunschweig

TATJANA SCHNEIDER

parteiunabhängige Oberbürgermeisterkandidatin
für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mit Tatjana Schneider haben wir Grüne eine erfahrene Stadtforscherin als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin in Braunschweig aufgestellt. Die 47 Jahre alte Professorin der Technischen Universität lebt mit ihrem Mann und ihren beiden Söhnen in der Braunschweiger Innenstadt – mittendrin. Wir übergeben ihr an dieser Stelle das Wort:

Klimaschutz priorisieren, die Mobilitätswende gestalten, Soziale Einrichtungen, Organisationen u. Institutionen stärken

TATJANA SCHNEIDER

HIER WOHNEN. HIER VERÄNDERN.

Ich habe Architektur studiert, weil ich die Welt um mich herum aktiv mitgestalten wollte. Ich habe Pläne für Häuser und Städte gemacht. **Ich habe Quartiersentwicklung mitverhandelt und setze mich seit über 20 Jahren für gerechte Stadtentwicklung ein. In Politik, Verwaltung und in Hochschulen. Global und lokal.** Diese Erfahrungen und Expertise will ich in das Amt der Oberbürgermeisterin einbringen. Ich werde **Klimaschutz priorisieren,** die **Mobilitätswende gestalten** und den **ökologischen Umbau der Wirtschaft** mit klaren Vorgaben vorantreiben. **Soziale Einrichtungen, Organisationen und Institutionen** tragen und machen die Gesellschaft von morgen **– ich will sie stärken. Die Stadt von morgen muss Soziales und ökologische Aspekte des Stadtmachens integriert denken und umsetzen.** So stellen wir sicher, dass Planungen robust und doch nah am Menschen entwickelt werden. „Geht nicht!" oder „Können wir nicht!" sind Aussagen von gestern. ***„Wollen wir!" und „Versuchen wir!"*** – das sind Sätze, die wir schon heute und in Zukunft brauchen.

NATÜRLICH. FÜR BRAUNSCHWEIG.

Alle Menschen in Braunschweig benötigen eine passende und bezahlbare Wohnung. Auf dem Wohnungsmarkt steigen die Preise. Es fehlt passender Wohn- und Lebensraum, insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen. Wir müssen gegensteuern: Wir brauchen gute, günstige und anpassbare Wohnungen – auch als Neubau. Sie müssen flexibel nutzbar sein: für Familien, WGs, Alleinlebende und Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Ich möchte die kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften stärken sowie kleineren Baugemeinschaften ermöglichen, innovative Modelle zu realisieren. Konzeptvergabeverfahren sollen sicherstellen, dass das für die Stadtgesellschaft beste Vorhaben gefördert wird und gleichzeitig der sogenannte Sozialwohnungsanteil von 20 % auf 30 % bezogen auf die Wohnungsflächen erhöht wird. So wird vorrangig kompakter Geschosswohnungsbau entstehen, an gut erreichbaren Orten und quartiersbezogen. Alleinsein und Einsamkeit nehmen in allen Altersgruppen zu. Es ist unsere Aufgabe, im öffentlichen Raum und über soziale Angebote Begegnung diverser Gruppen zu ermöglichen. Kontakt ist aktiver Baustein für Vernetzung und nachbarschaftliche Hilfe. Deswegen gehören zum Wohnungsbau auch notwendige soziale, kulturelle und gemeinwohlorientierte Einrichtungen: **Nachbarschaftszentren und andere Angebote für alle Menschen.** Machen wir uns daran, unsere Stadt sinnvoll weiterzuentwickeln, so dass hier **jede*r selbstbestimmt leben kann.**

ENTSCHIEDEN. FÜR BRAUNSCHWEIG.

Eine unserer größten Herausforderungen ist es, zukünftig **klimaneutral** zu handeln und zu wirtschaften. Wir müssen den Ausstoß klimaschädlicher Gase radikal reduzieren. Deshalb werde ich den **Klimaschutz** in das Dezernat der Oberbürgermeisterin ziehen **– er soll alle Bereiche der Verwaltung durchdringen.** Wir brauchen nicht immer neue Zielvorgaben. Vielmehr müssen wir uns auf wirksame Maßnahmen und Projekte verständigen und diese umsetzen. Das gilt auch für neue Leitlinien in der Vergabe von Aufträgen und der fairen Beschaffung von Materialien und Objekten. Gemeinsam können wir gesetzte Ziele erreichen. Neubauten müssen Null-Energie- oder sogar Plus-Energie-Häuser sein. Das sollte schon in der Bauleitplanung festgeschrieben werden. Statt Gas- und Fernwärmeanschluss sollte der Wärmebedarf vor Ort aus Geo- und Solarthermie gedeckt werden. Der dafür benötigte Strom muss vor Ort über Photovoltaik und kleine Windkraftanlagen produziert werden. Die Mobilitätswende braucht mehr Mut. Alternativen zum Auto – auch über die Stadtgrenze hinaus für Pendler*innen – sollen mit Radwegen und

ZWISCHEN VERWALTUNG UND GESTALTUNG GEHÖRT KEIN „ODER"!

ÖPNV gestärkt werden. Am Ende beeinflussen die Preise das Verhalten: Das Preissystem im ÖPNV muss sich verändern. **Zonen sind gestern. Entfernungstarife sind morgen**. Ein gutes Leben für alle ist nur mit einem massiv verringerten Output an CO_2 und der Reduzierung unseres Energie- und Rohstoffverbrauchs realisierbar. Dazu gehört es, das Heizkraftwerk von BS|Energy von der Erdgasnutzung zu befreien. Das Unternehmen muss sich dabei auch ein Stück weit neu erfinden. Die Stadt Braunschweig ist Gesellschafterin des Konzerns. Lasst uns den Umbau mit den Partnern Veolia und Thüga schnellstmöglich einleiten. Entschieden. Für eine zukunftsgewandte Klimapolitik, die Wirkung zeigt!

EIN * FÜR GLEICHBERECHTIGUNG. FÜR BRAUNSCHWEIG.

Wir brauchen mutige Visionen und klare Zielvorgaben. Doch die Maßnahmen, mit denen wir Ziele erreichen wollen, müssen anpassungsfähig bleiben. Technischer **Fortschritt setzt voraus, alle Menschen dabei mitzunehmen.** Sonst verlieren wir Teile unserer Gesellschaft. Das ist nicht mein Ziel! Das „Wir“ ist mir wichtig. Die Stadt muss **erklären, erläutern und transparent informieren.** Ich möchte mit klaren Regeln Teilhabe an der Gestaltung unserer Stadt ermöglichen. Es wird nicht gelingen, es allen recht zu machen – aber alle sollen verstehen können, warum welche Entscheidungen getroffen werden. Ich setze mich dafür ein, stärker projektbezogen und lösungsorientiert zu arbeiten. Es ist ein Mehrwert, wenn Stadtentwicklung, Stadt- und Mobilitätsplanung, Sozialplanung und Kultur miteinander wirken. Weitere Digitalisierungsschübe sollen diese Interaktion unterstützen – dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden. Sie stehen im Dienst von gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen. Diese Werte in die Praxis zu bringen, benötigt eine **starke Führung im Rathaus**. Das Amt repräsentiert alle Braunschweiger*innen. Dabei steht der * nicht nur für eine geschlechterpolitische Aussage, die die uneingeschränkte Gleichstellung von Frauen und Männern einfordert. Der * steht für **Wertschätzung aller Menschen, gleich welcher Herkunft, und eine offene Stadt.** Er steht für die Teilhabe aller und – vor allem – Gerechtigkeit. Dafür stehe ich.

All das möchte ich mit euch in Braunschweig anpacken – wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt und mir eure Stimme in der Direktwahl zur Oberbürgermeisterin gebt.

Eure Tatjana Schneider

www.tatjanaschneider.de
tatjana_schneider_bs
tatjanaschneiderbs

KOMMUNALWAHL-
PROGRAMM 2021

*MENSCHEN, UMWELT & KLIMA SCHÜTZEN

Die Klimakrise und der Verlust der Artenvielfalt stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen. Auf der einen Seite wird sich Braunschweig an Klimafolgen wie Trockenheit und Hitzewellen anpassen müssen. Auf der anderen Seite müssen wir jedes mögliche verbleibende Mittel nutzen, um das Klima und die Arten zu schützen und unser Ökosystem zu bewahren. Den Klima- und Umweltschutz werden wir deshalb insgesamt mit höchster Priorität voranbringen.

GRÜN*

DIE GRÜNE STADT

Wir wollen eine kompakte Stadt, in der Flächen effizient genutzt werden und in der behutsam unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte nachverdichtet wird. Gleichzeitig steht für uns außer Frage, dass **wertvolle öffentliche Grün- und Freiräume erhalten und aufgewertet** werden müssen, sodass der freie Zugang zu **Naturerlebnis und Naherholung** gesichert ist. Der Zugang zu Gewässern verbessert Lebens- sowie Aufenthaltsqualität und bietet zahlreiche städtebauliche Chancen. Daher wollen wir den **Umflutgraben der Oker** besser **erlebbar machen**. Bepflanzungen wollen wir sowohl unter Beachtung ökologischer als auch sozialer Gesichtspunkte verstärkt in das Stadtbild integrieren. Insbesondere in hochverdichteten Bereichen kann dies durch **Dach- und Fassadenbegrünung, Blühstreifen oder Hochbeete** geschehen. Zusätzlich zu diesen Behelfsmaßnahmen setzen wir uns für eine **Erhöhung des Grünflächenanteils in der Kernstadt** ein.

ARTENVIELFALT

Wir wollen die Artenvielfalt im Stadtgebiet sichern und fördern, indem wir Lebensräume für Pflanzen und Insekten erhalten und neu schaffen.

VERZICHT AUF SCHÄDLICHE PESTIZIDE

Die ökologische Vielfalt müssen wir auf vielen Wegen schützen und fördern. Braunschweig geht durch einen Teilverzicht auf Glyphosat bereits den richtigen Weg. Wir wollen, dass die Stadt Braunschweig und alle städtischen Unternehmen in Zukunft vollständig auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden verzichten und Düngungen nur nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus durchführen. Wo eine sofortige Umstellung auf eine Bewirtschaftung nach diesen Kriterien nicht möglich scheint, zum Beispiel bei der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, sollen ökologische Alternativen punktuell erprobt werden.

INSEKTENFREUNDLICHE BLÜHSTREIFENBEPFLANZUNG

Auch durch die bereits stattfindende Blühstreifenpflanzung profitiert neben dem Stadtbild die Artenvielfalt. Wir wollen die im Stadtgebiet regelmäßig gepflanzten einjährigen Blühstreifen durch mehrjährige ergänzen. Bei Pflanzungen wollen wir den grundsätzlichen Einsatz einheimischer Gewächse fördern. Dabei muss das allergene Potenzial der Pflanzen berücksichtigt werden. Vermehrt sollen auch **essbare Pflanzen** zum Einsatz kommen. In Modellprojekten wollen wir darüber hinaus eine Reduktion der aktuell zur Wildkraut-Bekämpfung eingesetzten Mulchung erproben und **mehr „wildes" Grün in der Stadt** zulassen. Neben der bestehenden Möglichkeit für Baumpatenschaften möchten wir, dass ein Patenschaftsprojekt für „Baumscheiben", also die Bereiche direkt um die Bäume herum, initiiert wird. Dadurch könnte eine insektenfreundliche Bepflanzung der baumnahen Bereiche ermöglicht werden. Wir wollen, dass der städtische Baumbestand jährlich in absoluten Zahlen wächst. Baumverluste, wie sie in den letzten Jahren durch Stürme und Trockenheit entstanden sind, sollen schnellstmöglich ersetzt werden. Urban-Gardening-Projekte soll die Stadt durch die Bereitstellung von Flächen unterstützen.

WIDERSTANDS-FÄHIGES STADTKLIMA

Als Folge der Klimakrise heizt sich die Stadt zunehmend auf. Grün- und Wasserflächen wirken dem entgegen, weil sie sich nicht so stark erwärmen wie Beton. Zudem hat das verdunstende Wasser einen kühlenden Effekt. Die Innenstadt wollen wir deshalb durch Anlegen von **Pocket Parks** in der **Kannengießerstraße, am Bäckerklint** und an weiteren Orten **zusätzlich begrünen.** Auch den stark versiegelten Bereich um die **Schlossarkaden** möchten wir aufbrechen. Zusätzlich soll die **Begrünung von Dächern und Fassaden** weiter gefördert und für **öffentliche Gebäude** forciert werden. Bei Neubauten wollen wir dies in Abhängigkeit von den Bauprojekten zur Pflicht machen. Gegen Schottergärten muss die Stadt aktiv vorgehen und deren Rückbau anordnen. Wir setzen uns für eine **Baumschutzsatzung** ein, die insbesondere alte und große Bäume vor sachgrundloser Fällung schützen soll.

FLÄCHENVERSIEGELUNG REDUZIEREN UND AUSGLEICHSFLÄCHEN FÖRDERN

Die Flächenversiegelung in Braunschweig wollen wir reduzieren, indem **überdimensionierte Verkehrsflächen entsiegelt und als attraktive Grünflächen gestaltet** werden. Wir wollen, dass insgesamt der Flächenanteil von Straßen für den motorisierten Verkehr nicht weiter zunimmt. Neue Bebauung soll wann immer möglich auf bereits versiegelten Flächen entstehen und so kompakt wie möglich ausgeführt werden. Ausgleichsflächen für Baumaßnahmen werden zu oft nach Ablauf des gesetzlich geregelten Pflegezeitraums vernachlässigt und verlieren dadurch ihre Funktionalität und damit den ökologischen Mehrwert. **Für Ausgleichsflächen,** die für Baumaßnahmen gesetzlich vorgeschrieben sind, soll ein grundsätzliches **Pflegekonzept** entwickelt werden. Dieses soll eine Dokumentation der Umsetzung der Maßnahmen beinhalten. Zudem soll es die Pflege der Ausgleichsflächen über den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Zeitraum sicherstellen, sodass die Funktionalität gewährleistet bleibt.

GRÜNE HALTESTELLEN

Wartehäuschen an Haltestellen sollen künftig einen Beitrag zu Biodiversität und Klimaschutz mitten in der Stadt leisten. Dafür wollen wir, dass sie bei Ersatz und Neubau grundsätzlich **begrünt** werden. Außerdem soll in Abhängigkeit vom jeweiligen Standort eine zusätzliche Ausrüstung mit Photovoltaikanlagen geprüft werden. Bestandsbauten wollen wir schrittweise nachrüsten lassen.

BEGRÜNTE WARTEHÄUSCHEN AN HALTESTELLEN ALS BEITRAG ZU BIODIVERSITÄT UND KLIMASCHUTZ MITTEN IN DER STADT

SAUBERE STADT, SAUBERE UMWELT

Kunststoffe, die in die Umwelt gelangen, weisen eine hohe Beständigkeit auf und bedrohen Ökosysteme. Wir wollen ein kommunales Handlungskonzept zur Reduktion des Plastikmüllaufkommens entwickeln, um die anfallenden Müllmengen gezielt zu reduzieren und die korrekte Entsorgung sicherzustellen. Im Zuge dessen sollen Größe und Entleerungsintervalle von Abfallbehältern bedarfsgerecht angepasst werden. Außerdem wollen wir in der Stadt und insbesondere in stadtnahen Erholungsgebieten Braunschweiger*innen für die Abfallproblematik sensibilisieren. Mit einer Pflicht zur Nutzung von Mehrweggeschirr für Veranstaltungen im öffentlichen Raum wollen wir diese aufwerten und Abfall reduzieren. Dafür möchten wir die Sondernutzungsordnung ändern. Die Stadt schafft selbst oder im Rahmen einer Kooperation Geschirrmobile an, die für die abfallarme Durchführung von Veranstaltungen angemietet werden können.

GRÜNGRÜN

NATUR IM BRAUNSCHWEIGER LAND

Insbesondere Pflanzen, die auf nährstoffarme, also magere Böden angewiesen sind, werden in Deutschland immer seltener und damit auch Insekten, die von solchen Pflanzen abhängig sind. Darum soll auf kommunalen Flächen die Entwicklung von ökologisch hochwertigen (Mager-)Wiesen zugelassen werden. Die Pflege dieser und anderer Biotope soll durch die Einrichtung einer städtischen Pflegeabteilung geschehen. So wollen wir auch ehrenamtliche Verbände, die aktuell viel Arbeit in die Pflege investieren, entlasten. Des Weiteren wollen wir erreichen, dass die Stadtverwaltung jährlich neue Schutzgebiete ausweist und die Qualität der bestehenden kontinuierlich verbessert.

ÖKOLANDBAU

Im Niedersächsischen Weg wurde beschlossen, dass der Anteil des Ökolandbaus in Niedersachsen bis 2025 auf 10 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen steigen soll. Braunschweig kann dazu beitragen, indem auf verpachteten landwirtschaftlichen Flächen, die sich im Besitz der Stadt befinden, bei Vertragsänderung oder Neuverpachtung die Bewirtschaftung nach den Kriterien des Ökolandbaus zur Vorschrift gemacht wird.

BRAUNSCHWEIGER WÄLDER

Auch Wald wollen wir zum Thema machen: Unser Ziel ist es, dass die Stadt Braunschweig aktiv die ökologische, extensive Waldbewirtschaftung nach dem **„Lübecker Modell“** etabliert. Damit wollen wir **Eingriffe in den Wald auf ein Minimum reduzieren** und sicherstellen, dass nur besonders hochwertiges Holz, angepasst an die Nachfrage auf dem Markt, geschlagen und verkauft wird. Wir wollen Waldflächen im Besitz der Stadt auf dieses Bewirtschaftungsmodell umstellen oder, wie bereits praktiziert, in Wildnisgebiete umwandeln. Zusätzlich wollen wir, dass die Stadt ein **Waldankaufprogramm** startet bzw. aktuelle Programme aufstockt, um den Bestand an Wald in städtischem Besitz jährlich zu erhöhen.

TIERE SCHÜTZEN

Grüne Politik hat in den letzten Jahren den Tierschutz in Braunschweig vorangebracht. An die Erfolge wollen wir anknüpfen und weitere Verbesserung erzielen. So wollen wir, dass die Rettung von Tieren aus akuter Lebensgefahr durch die Feuerwehr entgeltfrei gestellt wird. Außerdem soll das Veterinäramt regelmäßig dem Rat der Stadt Braunschweig zu Aktivitäten bei Verstößen im Rahmen des Tierschutzgesetzes Bericht erstatten. Der Vollzug des Tierschutzgesetzes darf sich aber nicht nur auf Kontrollen durch das Veterinäramt beschränken. Wir wollen eine*n Tierschutzbeauftragte*n einsetzen. Diese*r kann dann die notwendigen, umfassenden Tierschutzkonzepte entwickeln und umsetzen.

VERBESSERUNG DER TIERHALTUNG

Auch konkrete Verbesserungen für die Haltung von Tieren wollen wir umsetzen. Dazu gehört die Abschaffung der Rasseliste in der Hundesteuersatzung, da die Gefährlichkeit eines Hundes nicht an dessen Rasse festgemacht werden kann. Für Zirkusbetreibende müssen vor Zusage bzw. Abschluss eines Pachtvertrags für einen Gastspielstandort strenge Vorgaben in Bezug auf den Tierschutz gemacht werden. Wir wollen, dass bezogen auf Tierschutzvorgaben nur zuverlässige Zirkusunternehmen die Gelegenheit für ein Gastspiel erhalten.

Außerdem wollen wir das Fliegenlassen von Hochzeitstauben unter Genehmigungsvorbehalt stellen. Den Brieftaubensport wollen wir in unserer Stadt amtstierärztlich nach den Empfehlungen der „Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz“ überwachen lassen. Ausgesetzte Brief- und Rassetauben können durch schlechte Wetterbedingungen oder Überschreitung ihrer Leistungsfähigkeit oft nicht nach Hause fliegen und verwildern in der Stadt.

DIE ENERGIEWENDE BESCHLEUNIGEN

Es ist unsere Verantwortung, CO_2-Emissionen zu minimieren und damit zur Abmilderung der Folgen der Klimakrise beizutragen. Ziel der Stadt Braunschweig ist es, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Dieses Ziel müssen wir deutlich früher erreichen, wenn wir einen ernsthaften Beitrag zur Erreichung der Klimaziele von Paris leisten wollen. Um als Stadt mit einem hohen Energiebedarf möglichst schnell klimaneutral werden zu können, müssen wir Sparpotenziale nutzen, Effizienzmaßnahmen prüfen und vor allem einen konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Dafür ist Braunschweig auch auf Fördermittel von Land und Bund sowie günstige gesetzliche Rahmenbedingungen angewiesen, für die wir uns einsetzen werden. Braunschweig soll Vorreiterin in Sachen nachhaltiger Energieversorgung werden und gemeinsam mit der lokalen Forschung und Wirtschaft an geförderten Innovations- und Investitionsprojekten teilnehmen.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Wir wollen das Förderprogramm für regenerative Energien weiterentwickeln sowie finanziell aufstocken und damit einen zusätzlichen Anreiz für den schnellen Ausbau schaffen. Gleichzeitig wollen wir Energieberatungsangebote für Braunschweiger*innen ausweiten. Wir wollen den Einwohner*innen auch ermöglichen, direkt in erneuerbare Energie, insbesondere Solarenergie, zu investieren.

Unser Vorschlag ist es, dass die Stadt auf Crowd-Investment-Plattformen zurückgreift, also allen Menschen eröffnet, in die **Braunschweiger Energiewende zu investieren.** Die geplante Energiegesellschaft der Stadt soll einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Sie soll nicht nur den Ausbau privater und städtischer Photovoltaikanlagen vorantreiben, sondern auch den Ausbau anderer nachhaltiger Energieträger. Zudem soll sie Stromspeicherkapazitäten schaffen. Konkrete Ausbauziele müssen dafür fest in der Energiegesellschaft verankert werden. Wir wollen niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten an der Gesellschaft durchsetzen. Die Stadt selbst muss bei der Energiewende eine Vorbildfunktion erfüllen. Bei städtischen Gebäuden setzen wir uns deshalb für die Aufstellung eines konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsplans zum Ausbau der Solarenergie ein.

AUSBAU DER SOLARENERGIE

Um die Solarenergie umfassend zu fördern, wollen wir für Neubauten eine Solarpflicht schaffen. Diese ebnet den Weg für eine Versorgung der Gebäude mit erneuerbarer Energie überall dort, wo dies technisch, wirtschaftlich sowie unter Gesichtspunkten des Denkmalschutzes möglich ist. Mieter*innenstrom, bei dem die Mieter*innen eines Gebäudes Strom von einer Solaranlage auf dem Dach beziehen, soll durch Beratung, Förderung und Auflagen in Braunschweig etabliert werden. Auf diese Weise können mehr Menschen unmittelbar an der Energiewende teilhaben.

Um insgesamt einen möglichst schnellen Ausbau der Solarenergie zu gewährleisten, muss die Stadt mit BS Energy und anderen lokalen Akteur*innen wie Wohnungsbaugenossenschaften zusammenarbeiten. In Zukunft müssen BSIEnergy oder eine städtische Gesellschaft die Errichtung neuer Photovoltaikanlagen durch Vermittlung von Handwerker*innen und die Koordination des Netzanschlussprozesses aktiv unterstützen. BSINetz muss die nötige Voraussetzung für die Aufnahme von Überschüssen aus regenerativen

GRÜNER WASSERSTOFF UND WÄRME

Wir müssen den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern Erdgas und Heizöl planen und anstoßen. Den Ausbau des Erdgasnetzes sehen wir kritisch und wollen stattdessen, wo möglich, auf Wärmepumpen setzen. Wo dies nicht möglich ist und kein Anschluss an das Fernwärmenetz vorliegt, wollen wir prüfen lassen, ob regenerativ erzeugter Wasserstoff zusammen mit aus Reststoffen erzeugtem Biogas zumindest teilweise klimaschädliches Erdgas ersetzen kann. Wir wollen dazu, dass der Anteil an regenerativ erzeugtem Wasserstoff im Erdgasnetz schrittweise erhöht wird. Mit steigendem Anteil erneuerbarer Energien wollen wir in der Stadt Elektrolyse-Kapazitäten zur Wasserstofferzeugung aufbauen. Damit lässt sich überschüssiger Strom, der zum Beispiel an besonders wind- und sonnenreichen Tagen produziert wird, flexibel und sinnvoll nutzen. Da grüner Wasserstoff aber ein knapper Rohstoff bleiben wird, der vor allem in Bereichen eingesetzt werden sollte, die nicht elektrifiziert werden können, setzen wir für eine klimaneutrale Wärmeversorgung vor allem auf einen Mix aus Wärmepumpen, Nah- und Fernwärme sowie Prozesswärme und Solarthermie. Das Nah- und Fernwärmenetz soll ausgebaut und dabei der Umstieg auf ein Niedrigtemperaturnetz begonnen werden, was einer modernen, effizienten Wärmeversorgung gerecht wird. Ab **2025 sollen neu errichtete Gebäude zu 100 % mit erneuerbarer Wärme versorgt werden.** Das geplante Kraftwerk zur Altholzverbrennung sehen wir im Kontext der Wärmeversorgung als Übergangstechnologie. Beispielsweise erhöhen die regelmäßigen Holzanlieferungen per Lkw zum Kraftwerk die Verkehrsdichte und verursachen zusätzliche CO_2-Emissionen.

NACHHALTIGES BAUEN

Auch im Bereich Bauen müssen wir die Weichen in Richtung Klimaneutralität stellen. Dafür brauchen wir eine zukunftsweisende Bauleitplanung, die mit ihren Vorgaben zu Energieeffizienz nicht nur den gesetzlichen Mindeststandard erfüllt, sondern weit darüber hinausgeht.

NIEDRIGENERGIESTANDARD FÜR NEUBAUTEN

Was heute in Braunschweig gebaut wird, wird über viele Jahrzehnte Bestand haben. Deshalb wollen wir den Niedrigstenergiestandard für Neubauten bei der Bauleitplanung mindestens auf das Niveau des Effizienzhauses 40 festlegen. Das heißt, dass der Energieverbrauch von Neubauten im Vergleich zu dem aktuell geförderten Effizienzhaus 55 deutlich sinken soll. Energieeffizienz und bezahlbarer Wohnungsbau sind dabei kein Widerspruch, da zwar einmal höhere Investitionskosten anfallen, aber langfristig der Energieverbrauch und damit die Kosten gesenkt werden. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf eine **sozialgerechte Gestaltung** unter Berücksichtigung der **Mietpreisstabilität**, damit bisherige Bewohner*innen nicht durch steigende Mieten vertrieben und ihre Quartiere gentrifiziert werden.

NACHHALTIGKEITSKRITERIEN ANWENDEN

Wir wollen, dass Bauprojekte bei Planungen, Wettbewerben und Ausschreibungen der Stadt insbesondere anhand ihrer Nachhaltigkeit bewertet werden. Das heißt, dass den verwendeten Baustoffen, Dach- und Fassadenbegrünungen, dem Anteil an erneuerbaren Energien oder der Energieeffizienz besondere Bedeutung bei der Bewertung beigemessen werden soll. Bei städtischen Gebäuden und Projekten soll die ressourcenschonende Sanierung des Bestands stets Vorrang vor einem Neubau haben. In öffentlichen Gebäuden soll eine intelligente Strombedarfsplanung erfolgen, die Strom insbesondere zu Überschusszeiten nutzt, beispielsweise die mittags durch Photovoltaik erzeugte Energie.

Neben den zahlreichen Maßnahmen für Neubauten und öffentliche Gebäude ist auch der umfassende Ausbau des Beratungsangebots für Eigentümer*innen von Bestandsbauten unser Ziel. Ihre Dachflächen sollen zukünftig Photovoltaikanlagen tragen, ihre alten Heizungen durch moderne Lösungen mit erneuerbarer Energie ersetzt werden. Deshalb sollen die Themen Photovoltaik, Effizienzsteigerung und energetische Sanierung über die Beratung forciert werden.

ELEKTROMOBILITÄT

Ziel unserer Politik ist eine generelle Reduktion des Verkehrsaufkommens von Pkw und eine schrittweise Elektrifizierung des restlichen motorisierten Verkehrs. Wir wollen, dass auf bestehenden Parkplätzen mehr Abstellflächen für Elektroautos ausgewiesen werden und einen bedarfsgerechten Ausbau des Ladesäulennetzes. Wir setzen uns dafür ein, dass in Braunschweig die planerischen Grundlagen geschaffen werden, um eine flächendeckende und gerechte Infrastruktur für Ladesäulen einrichten zu können.

FAIRER ZUGANG ZU LADEPUNKTEN

Für Anwohner*innen soll der Zugang zu Ladepunkten fair geregelt werden. Eine klare Beschilderung und Durchsetzung der Regeln soll den zuverlässigen Zugang zur Ladeinfrastruktur gewährleisten. Bei städtischen Liegenschaften wollen wir den Ausbau besonders vorantreiben und eine vollständige Elektrifizierung der Fahrzeugflotte erreichen. Für privat bewirtschafteten Parkraum, auf von der Stadt verpachteten Flächen und für Neubauten möchten wir Vorgabequoten für Ladepunkte. Der Parkraum für Autos mit Verbrennungsmotor soll zudem verteuert werden.

FLÄCHENDECKENDE UND GERECHTE INFRASTRUKTUR FÜR LADESÄULEN EINRICHTEN

DAS NUKLEARE ERBE IN DER REGION

Obwohl der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen ist, belastet uns das nukleare Erbe noch Millionen Jahre. Bezüglich der Eignung existierender und geplanter Lagerstätten für nuklearen Abfall fordern wir eine transparente und nachvollziehbare Bewertung nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft. Um Risiken zu minimieren, wollen wir den bestmöglichen Strahlenschutz für Braunschweig und die Region. Dazu gehört aus unserer Sicht auch die **schnellstmögliche Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II.**

WISSENSCHAFT, WIRTSCHAFT UND DIE REGION

Braunschweig ist eine der forschungsstärksten Regionen Europas. Das Know-how und Potenzial aus der Wissenschaft möchten wir lokal für den wichtigen Wirtschaftsstandort Braunschweig nutzen. Diesen wollen wir in Zukunft noch stärker durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt sehen und dies durch kluges Flächenmanagement unterstützen. Zukunftsfähige Geschäftsmodelle sollen dabei im Fokus unserer Politik stehen.

WISSENSCHAFT UND STUDIERENDE

Unsere Vision ist es, dass unsere Stadt im engen **Dialog mit der Wissenschaft** als wichtigem Innovationsmotor und Transformationstreiber ein **Vorzeigemodell für nachhaltige Stadtentwicklung** wird. Dass Braunschweig mit der HBK eine der bundesweit größten Kunsthochschulen hat, wollen wir für die **Kultur- und Kreativszene Braunschweigs stärker nutzbar und sichtbar** machen.

STUDIERENDE UND IHRE TALENTE FÖRDERN

Der Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte für Stadt und Region beginnt bei attraktiven Rahmenbedingungen für das Studium. Deshalb wollen wir, dass die Stadt den Aus- und Neubau von **preisgünstigem Wohnraum für Studierende** unterstützt und vorantreibt. Im Wohnraumprogramm müssen neben **preisgünstigen familiengerechten Wohnungen** mit größerer Wohnfläche auch preisgünstigste Kleinstwohnungen gefördert werden. Um Studierende der HBK und der TU Braunschweig an die Stadt zu binden, wollen wir im Umfeld der Hochschulen und Forschungseinrichtungen **Start-up-Center, Co-Working-Spaces** und **Innovationsinkubatoren** weiter ausbauen. Wir wollen außerdem Projekte fördern, die Wissenschaft, Bevölkerung und Wirtschaft zusammenbringen. Das Haus der Wissenschaft, MO.IN-Start-up-Zentrum, W.IN oder das Protohaus sind dafür gute Beispiele, deren Arbeit wir unterstützen wollen. Wir wollen mehr zugewanderte junge Menschen ermutigen, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Dabei sehen wir die **Bildungsberatung als zentralen Schlüssel zur Teilhabe** und wollen diese weiter ausbauen. Dazu streben wir für das Haus der Wissenschaft eine diversere Ausrichtung und den Ausbau der Vernetzung mit Organisationen von Migrant*innen und ausländischen Studierenden an. Außerdem wollen wir den Arbeitskreis für ausländische Studierende in Braunschweig und Wolfenbüttel unterstützen.

ABSOLVENT*INNEN HALTEN

Wir möchten für Partnerschaften zwischen Stadt und Hochschulen nach dem Vorbild anderer Städte eintreten, die Studierende schon während des Studiums in die Arbeit der Verwaltung einbinden. Jungen Menschen bieten wir so frühzeitig eine Perspektive, während für die Verwaltung qualifizierter Nachwuchs gesichert und so dem Fachkräftemangel vorgebeugt werden kann. Damit Absolvent*innen unserer Hochschulen über das Studium hinaus in Braunschweig gehalten werden können, wollen wir in Kooperation mit der HBK und der TU Braunschweig über Kollaborationsplattformen, wie Werkstatt- und Lab-Formate, die Entwicklung eines **Kreativquartiers** anstoßen.

VERNETZTE WISSENSCHAFT UND INNOVATIONEN

Wir wollen das Know-how von Wissenschaftler*innen unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen in städtische Planungsprozesse einbinden, zum Beispiel **in Reallaboren, in denen Wissenschaft, Verwaltung und Braunschweiger*innen Hand in Hand und auf Augenhöhe gemeinsam Ideen und Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung** erarbeiten. Ob Klimawandel, Digitalisierung oder urbane Mobilität: Es gibt eine Vielzahl von Herausforderungen, bei denen Braunschweig durch gemeinsame Themennetzwerke von Forschung und Kommune zum Vorzeigemodell für zukunftweisende Innovationen des urbanen Zusammenlebens werden kann.

WIRTSCHAFT GESTALTEN

Wir Grüne stehen für eine vielfältige Wirtschaft vor Ort, die langfristig gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft und dabei Tarifbindung und Mitbestimmung sicherstellt. Zukunftsfähige Geschäftsmodelle sind ökologisch und sozial nachhaltig. Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutzes bilden bereits heute durch Gesetze und Verordnungen einen Teil der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft vor Ort.

WIRTSCHAFTSSTANDORT BRAUNSCHWEIG: GEMEINSAM UND KLIMANEUTRAL

Die Region Braunschweig ist ein bedeutender Wirtschaftsstandort, der aufgrund seiner regen und interdisziplinären Forschungsaktivitäten ein **hohes Maß an Innovationspotenzial** besitzt. Diese Innovationskraft wollen wir für die ganze Region nutzen. Wir haben einen Standortvorteil, wenn Unternehmen mit beispielhaften Geschäftsmodellen über die Region hinaus Strahlkraft entfalten können. Dazu müssen Gewerbegebiete und die Wirtschaftsförderung neu gedacht werden. Wir brauchen **kluge Ideen und starke Gewerkschaften**, um die nötigen Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. So sichern wir nachhaltig den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze vor Ort. Bei der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Braunschweig setzen wir auf interkommunale Zusammenarbeit. Bei der Ansiedlung von Unternehmen möchten wir vor allem bereits regional verwurzelten Betrieben mit CO_2-neutralen Geschäftsmodellen oder solchen, die beabsichtigen, ihre Produktionsweise umzustrukturieren, Raum geben. Um die Vielfältigkeit der Wirtschaft in der Region zu stärken, wollen wir insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben Zugang zu Gewerbeflächen ermöglichen.

FACHKRÄFTE FÜR DIE REGION

Geeignete Fachkräfte sind ein bedeutsamer Standortfaktor und die Voraussetzung für erfolgreiches Unternehmertum. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird zukünftig noch stärker von den Bedingungen abhängen, unter denen Fachkräfte arbeiten. Daher setzen wir uns für fair bezahlte, unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse als wichtige Kriterien kommunaler Wirtschaftsförderung ein. Aus- und Weiterbildung im Bereich grüner Technologien sind für uns ein **Schlüssel für neue Arbeitsplätze.** Wir wollen, dass die Stadt mit den Kammern, den berufsbildenden Schulen, den Hochschulen und den regionalen Bildungsträgern zusammenarbeitet, um gezielt Fachkräfte auszubilden. Allein durch die Ausbaupläne für erneuerbare Energien wird in den nächsten Jahren ein enormer Bedarf an gut geschultem **Handwerkspersonal** entstehen. Für den Einstieg von Migrant*innen in den Arbeitsmarkt sind bedarfsorientierte Sprach- und Integrationskurse notwendig. Neben der **Erwachsenenbildung** sehen wir hier das Welcome Center, das bereits von der Stadt gefördert wird, als gewinnbringendes Angebot. Dieses wollen wir weiter fördern. Außerdem wollen wir die Initiierung von gemeinsamen Projekten der Stadt mit Partner*innen aus dem Bildungsbereich sowie Unternehmen fördern, die Migrant*innen schon während der Wahrnehmung von Kursangeboten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

SMARTE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Moderne Wirtschaftsförderung stellt den ökologischen und digitalen Strukturwandel in den Mittelpunkt. Wir Grüne wollen, dass besonders Start-ups und Gründer*innen mit CO_2-neutralen Geschäftsideen mit Innovationskapital zu günstigen Konditionen durch den Braunschweiger Gründerfonds gefördert werden. Sie können so als Leuchttürme für innovatives Wirtschaften in der Braunschweiger Region sichtbar werden. Auch bei klassischen Neugründungen sollen die Beratungsangebote der Braunschweiger Wirtschaftsförderung **Klimaneutralität und Digitalisierung** zu Kernthemen machen. Am Wissenschaftsstandort Braunschweig gehören dazu auch Vernetzungsangebote mit den Forschungseinrichtungen. Es geht uns darum, das innovative Wissen direkt in praktisches Handeln umzusetzen.

ZUKUNFTSFÄHIGE GEWERBEGEBIETE

Gewerbegebiete mit Zukunft müssen unter ökologischen Gesichtspunkten geplant werden. Flächen sind knapp und müssen in interkommunaler Zusammenarbeit entwickelt werden. Für neue Gewerbegebiete dürfen keine zusätzlichen Flächen versiegelt werden, denn **Boden ist ein wichtiges und knappes Schutzgut**. Stattdessen müssen wir bestehende Brachflächen entwickeln und auch beim Gewerbe eine Nachverdichtung anstreben. Raum für gemeinschaftliche Nutzung wie Park, Logistik- oder Büroflächen sollten von Beginn an in Planungen berücksichtigt werden. Gewerbeflächen außerhalb von Siedlungsgebieten sind wertvoll. Wir wollen deshalb, dass sich nur Unternehmen dort ansiedeln, für die dies wegen des Immissionsschutzes oder aus anderen nachvollziehbaren Gründen notwendig ist. Vielen Unternehmen ist zudem der Standort Braunschweig und damit verbunden eine „Braunschweiger Adresse“ wichtig. Deshalb möchten wir dies Unternehmen auch bei interkommunalen Projekten ermöglichen. Eine zentrale Voraussetzung für die Standortwahl ist die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad, dem ÖPNV und der Bahn. Insbesondere für **klimagerechte Logistik** ist ein Gleisanschluss wichtig, den wir durch die Stadt fördern lassen wollen. Zukünftig werden Gewerbegebiete Klimaschutzanforderungen erfüllen müssen. Dazu können zum Beispiel Photovoltaik und Kleinwindkraftanlagen oder Fassaden- und Dachbegrünung beitragen. Konzepte für Klima- und Umweltschutz sowie für anfallenden Abfall müssen im Vorfeld erarbeitet werden.

BRAUNSCHWEIG UND DIE REGION

Wir denken Braunschweig immer als Teil der Region. Ohne eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbargemeinden, mit den Städten **Wolfsburg und Salzgitter** sowie den Landkreisen können wir unsere Ziele nicht erreichen. Dabei gibt es viele Möglichkeiten für Kooperation und Synergien, die es zu nutzen gilt.

STARKER REGIONALVERBAND

Seit 2017 gibt es den Regionalverband Großraum Braunschweig, dessen Einrichtung wir sehr begrüßt haben. Der Regionalverband spielt die entscheidende Rolle für die Koordinierung aller Themen, die als Region besser bearbeitet werden können als von einzelnen Gemeinden. Das betrifft vor allem auch das Thema Klimaschutz. Wir freuen uns, dass der Regionalverband sich bereits in diesem Bereich, vor allem über die Themen Energiewende und ÖPNV, engagiert. **Wir wollen für möglichst viele Menschen in der Region ein autofreies Leben zu einer realistischen Alternative machen** – dafür spielt der Regionalverband eine Schlüsselrolle. Entsprechend wollen wir sein Engagement für das Klima fördern und ausweiten. Wir wollen außerdem gemeinsam mit unseren Nachbar*innen prüfen, welche weiteren Themen in der Region koordiniert bearbeitet werden sollten und die Zusammenarbeit insgesamt vertiefen. Wir wollen den Regionalverband weiterhin in seiner Rolle und Ausstattung stärken und zur Koordinierung nutzen, um insgesamt bessere Strategien für die gemeinsamen Herausforderungen der Region finden zu können. Die Zusammenarbeit unter den Kommunen wollen wir stärken, da davon alle profitieren und Zeit sowie Kosten sparen können.

LEBEN UND WOHNEN

Unser Ziel ist Stadtplanung nach dem menschlichen Maßstab: Der Mensch muss mit seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten stets im Mittelpunk stehen. Dazu gehören lebendige Stadtteile und Quartiere, in denen alle Einrichtungen des täglichen Bedarfs fußläufig erreichbar sind. Bei der Stadtentwicklung hat für uns die Partizipation aller Einwohner*innen bei Planungs- und Bauvorhaben einen hohen Stellenwert. Nur so kann bedarfsgerecht geplant und gebaut werden.

INNENSTADT WEITER-ENTWICKELN

Braunschweig ist ein wichtiger Handels- und Mobilitätsknotenpunkt für die Region. Viele Menschen kommen zum Einkaufen in die Stadt. Die Innenstadt als Einkaufsstandort steckt jedoch in einer Krise, die durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie weiter verschärft wurde. Eins unserer Leitbilder ist die **„Stadt der kurzen Wege“.** Wir wollen, dass Menschen alle Güter des täglichen Bedarfs in ihrem Quartier kaufen können. Gleichzeitig sehen wir die Innenstadt auch in Zukunft als den zentralen Einkaufsort und wollen am Zentrenkonzept festhalten. Dazu müssen gerade die massiv auftauchenden großen Leerstände wie Galeria Kaufhof schnellstmöglich wieder mit Leben gefüllt und in ein zukunftsweisendes Innenstadtkonzept vonseiten des Städtebaus und der Nutzung aus betrachtet integriert werden.

LEBENSWERTE INNENSTADT

Wir Grüne bekennen uns klar zum lokalen Einzelhandel. Es zeigt sich jedoch, dass dieser nicht mehr der einzige Anziehungspunkt in der **Innenstadt** sein darf. Wir wollen deshalb die Innenstadt als **lebens- und aufenthaltswerten Ort gestalten, der Raum für Begegnungen, Kultur, Erlebnis, Spiel und Mitgestaltung lässt**. Dafür braucht es einen Dialog auf Augenhöhe, der die Bedürfnisse der Anwohner*innen und der lokalen Gewerbetreibenden in den Vordergrund rückt. Der zukunftsgerechte Umbau der Innenstadt ist eins der zentralen Projekte, das von der Stadt fachübergreifend, mit hoher Priorität und unter intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung bearbeitet werden muss.

EINE LEBENDIGE INNENSTADT FÜR BRAUNSCHWEIGER*INNEN UND LOKALE GEWERBETREIBENDE

STADT GESTALTEN

Um den Gestaltungsspielraum für die Entwicklung der Innenstadt zu erweitern, muss die Stadt mehr Instrumente anwenden, zum Beispiel das Vorkaufsrecht und Erbbaurecht bei Grundstücken. Auch ein Rückbau von Handelsflächen und die gezielte Umwandlung in Wohnraum kann dazu beitragen, die Innenstadt zu beleben und den Handel an attraktiven Innenstadtbereichen zu konzentrieren. Von einer lebendigen Innenstadt, die vielen Interessen gerecht wird, profitieren Braunschweiger*innen und lokale Gewerbetreibende gleichermaßen.

STARKE QUARTIERE

Die Corona-Krise hat es noch einmal deutlich gezeigt: Wir Menschen sind auf ein Miteinander angewiesen und brauchen die Gemeinschaft. In den vielfältigen Quartieren findet das Leben der Braunschweiger*innen statt – von den dörflich geprägten Stadträndern bis zu den stark verdichteten Kernstadtbereichen. Wir wollen die Quartiere stärken, um das direkte Zusammenleben, Begegnungen und Solidarität der Braunschweiger*innen zu fördern. Weiterhin wollen wir Räumlichkeiten für gemeinnützige, gesellschaftliche, soziale oder politische Initiativen durch die Stadt schaffen lassen.

QUARTIERE ALS MISCHGEBIETE MIT KURZEN WEGEN

Unser Ziel sind **sozial gemischte Quartiere mit Stadtteilzentren, in denen die Orte der Grundversorgung gut und fußläufig für alle barrierefrei erreichbar** sind. Reine Wohngebiete sollen behutsam in **urbane Mischgebiete** umgewandelt werden, in denen die täglichen Bedürfnisse aller Menschen erfüllt werden können. Jedes Quartier soll **alten-, inklusions-, familien- und kindergerecht** sein. So wie es durch die Beteiligung zahlreicher Braunschweiger*innen im Aktionsplan **„Braunschweig Inklusiv“** herausgearbeitet wurde, liegt auch unser Fokus auf Maßnahmen für selbstgenügsame Wohnquartiere, die den Lebensmittelpunkt aller Anwohner*innen bereichern. Dafür unterstützen wir die Arbeit und Projekte freier Träger*innen und Initiativen, die sich in eine soziale und solidarische Quartiersentwicklung einfügen. Wir setzen uns für den Erhalt und die auskömmliche Finanzierung bestehender Einrichtungen ein und fördern die Entstehung weiterer.

AUTOFREIES LEBEN ERMÖGLICHEN

Quartiere und Wohngebiete sollen autofreies Leben ermöglichen. Wir wollen ein erstes Modellprojekt, zum Beispiel im **Magniviertel** oder im **Östlichen Ringgebiet,** auf den Weg bringen. Öffentliche Verkehrsflächen sollen neu aufgeteilt werden, um die Wohngebiete vom Durchgangsverkehr und vom Parksuchverkehr zu entlasten. Diese Maßnahmen verbessern die Aufenthaltsqualität, verlangsamen den motorisierten Verkehr, steigern die Sicherheit und helfen so, Unfälle zu vermeiden. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen, so dass auch Braunschweiger*innen aus weiter entlegenen Stadtteilen **ohne die Nutzung des Autos die Innenstadt gut erreichen** können. Wir wollen ein **Sitzbankkonzept** für den gesamten öffentlichen Raum, nicht nur für die Parks oder die Innenstadt. Auch in den Wohnquartieren sollen insbesondere junge Familien, alte Menschen oder Menschen mit Handicap die Möglichkeit haben, zu verweilen oder eine Pause einzulegen. Zudem setzen wir uns für **frei zugängliche Trinkbrunnen und Toiletten** ein, die im öffentlichen Raum oder in Kooperation mit Gastronomie und Läden bereitgestellt werden („Aktion nette Toilette“).

NACHBARSCHAFTSZENTREN FÖRDERN

Zentrale Plätze sind als **Orte der Begegnung, Erholung, Bewegung und des Handels** von wesentlicher Bedeutung für die Quartiere. Wir wollen runde Tische einrichten, um Quartiere und **Nachbarschaftszentren** partizipativ weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die gezielte Entwicklung und Umsetzung des Bedarfsplans Nachbarschaftszentren ein, damit es in jedem Quartier mindestens ein Nachbarschaftszentrum gibt. Dieses dient als Treffpunkt, Kommunikations- und Veranstaltungsort sowie zur Beratung und Unterstützung. Spätestens 2023 soll ein schrittweises Umsetzungskonzept verabschiedet werden. Es sollen jedes Jahr mindestens zwei Nachbarschaftszentren, möglichst als Weiterentwicklung bestehender Stadtteileinrichtungen, gefördert werden. Voraussetzung ist ein gut ausgearbeitetes, auf die Belange des Quartiers ausgerichtetes Konzept.

LEBENDIGE SPIELPLÄTZE

Das Herz vieler Quartiere bilden die **Spielplätze und die Bewegungsorte**. Wir Grüne setzen uns für einen Prozess der Modernisierung dieser Plätze ein, bei dem wir ein besonderes Augenmerk auf die **Mitbestimmungskultur** legen. Gerade hat die Pandemie gezeigt, dass der Zugang zu Bewegungsorten in der Stadt sehr ungleich verteilt ist. Dort wo er fehlt, muss es verstärkt attraktive **Stadtteilspielplatzflächen** geben.

BEZAHLBARER WOHNRAUM

Der Wohnungsmarkt in Braunschweig ist angespannt und preisgünstiger Wohnraum schwindet, auch weil der soziale Wohnungsbau lange Zeit vernachlässigt wurde. Darüber hinaus sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Wohnungen aus der Belegungsbindung gefallen, ohne dass die Stadt ausreichend neue ankaufen konnte. Doch Wohnen ist Menschenrecht. Damit alle Menschen auch in Zukunft in Braunschweig ein Zuhause finden und finanzieren können, muss die Stadt den Bestand an preis- und belegungsgebundenem Wohnraum erhalten und ausweiten. Daher planen wir eine Erhöhung der bestehenden **Quote für den sozialen Wohnungsbau von 20 % auf 30 %.** Dabei muss weiterhin besonders darauf geachtet werden, preisgebundenen Wohnraum in örtlicher Durchmischung mit nicht-preisgebundenem Wohnraum zu schaffen. Öffentliche Wohnbaugesellschaften wie z. B. die städtische NiWo wollen wir wirtschaftlich stärken und bei der Planung von Neubaugebieten bevorzugen.

Darüber hinaus muss der Ankauf von Belegungsbindungen für Wohnungen finanziell und strukturell deutlich gestärkt werden. Nur so entstehen **bunte, sozialgerechte Quartiere und Nachbarschaften**. Wir wollen, dass die Stadt den Zubau von **Raum für gemeinschaftliches Wohnen** finanziell und strukturell fördert. Eine Kontaktstelle soll den Stellenwert von gemeinschaftlichen Wohnprojekten innerhalb der Verwaltung stärken und Interessierte während Bau- und Planungsphasen beraten sowie Kontakte vermitteln. Um Leerständen und anderen Zweckentfremdungen von Wohnraum konsequent zu begegnen, wollen wir das Erlassen von quartiersbezogenen Milieuschutzsatzungen und Zweckentfremdungssatzungen prüfen lassen. Diese könnten Wohnraumspekulation und unverhältnismäßige Verteuerungen effektiv kommunal bekämpfen.

BAUEN UND ÖFFENTLICHER RAUM

Wir wollen bewusst, in hoher Qualität, sozialgerecht und im Sinne konsequenter und durchgängiger Kreislaufwirtschaft erhalten, sanieren und neu bauen. Damit minimieren wir den ökologischen Fußabdruck unserer Stadt und tragen zu einer nachhaltigen Zukunft bei.

VIELFÄLTIGE NUTZUNGEN ERMÖGLICHEN

Wir setzen uns für eine hochwertige, offene, gemeinwohlorientierte und multifunktionale architektonische Gestaltung öffentlicher Flächen ein, um Angsträumen vorzubeugen und Orte zu schaffen, die **zu jeder Tages- und Jahreszeit vielfältig nutzbar** sind. Auch bereits bestehende Plätze sollen nach diesem Prinzip umgebaut und aufgewertet werden. Da viele Gebäude nur zu bestimmten Tageszeiten genutzt werden und den Rest des Tages leer stehen, könnten durch **nutzungsoffenere Gestaltung und Flexibilität multifunktionale Gebäude** entstehen, die dabei helfen, den Flächenverbrauch zu senken. Dieses Prinzip kann auch auf **Freiräume und -plätze** übertragen werden oder auf den Umbau von Funktionsgebäuden wie etwa Parkhäusern.

KONZEPTVERGABE STATT BESTPREIS

Kommunale Projektentwicklung muss Hand in Hand gehen mit einer aktiven und sozialgerechten Bodenvorratspolitik. Es soll kein Verkauf kommunaler Flächen mehr erfolgen, sondern das Instrument des Erbbaurechts genutzt werden. Hier soll nicht mehr das Prinzip der Bestpreis-Vergabe gelten, sondern das der Konzeptvergabe: **Investor*innen müssen darlegen, was sie für welche Zielgruppen bauen möchten und zu welchen Konditionen.** Anhand dieser Informationen kann die Stadt das städtebaulich beste Konzept auswählen und Grundstücke zur Verfügung stellen. So wird Baulandentwicklung ermöglicht unter gleichzeitiger Wahrung öffentlicher Gestaltungsmöglichkeiten. Um langfristig handlungsfähig zu bleiben, muss städtisches Eigentum an Flächen gesichert werden. Darüber hinaus muss die Stadt aktiv zusätzliche Flächen erwerben. Dafür müssen Grundstücke wann immer möglich mit Vorkaufsrechten belegt und diese auch konsequent genutzt werden.
Neubaugebiete dürfen nicht nur an privatwirtschaftlichen Interessen entlang gestaltet werden, sondern sollen nachweislich den Anforderungen unterschiedlicher Nutzer*innengruppen genügen. Zudem muss Neubau von Wohnraum in erster Linie unter sozialen Gesichtspunkten geschehen. Die Entwicklung von Neubaugebieten soll nur noch mit urbaner Dichte und Nutzungsdurchmischung geschehen. Dafür müssen Investor*innen bei der Schaffung von Neubaugebieten stärker in die Pflicht genommen werden und an den Kosten für Kita- und Schulplätzen, Nahversorgung und ÖPNV in den Neubaugebieten beteiligt werden. Der Bau von flächenintensiven, freistehenden Einfamilienhäusern soll nur auf bereits erschlossenen Flächen stattfinden. Im Neubau setzen wir uns für den Passivhaus-Standard ein.

GRÜNE MOBILITÄT

Mobilität müssen wir bei allen Projekten der Stadtplanung und -entwicklung mitdenken. Grüne Mobilitätspolitik ist dabei nachhaltig, sozial- und geschlechtergerecht. **Sie berücksichtigt die Bedürfnisse aller – aber vor allem die der Kinder, Jugendlichen, Senior*innen und Menschen mit Behinderung. Barrierefreiheit ist eine nicht verhandelbare Bedingung.** Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft an ökologischem Fußabdruck, Flächenverbrauch, Lärm- und Schadstoffausstoß sowie an der sozialen Gerechtigkeit ausrichten. Öffentliche Flächen wollen wir sinnvoll unter den Verkehrsarten verteilen. Emissionsfreien, barrierefreien, kindersicheren, sozial verträglichen sowie öffentlichen Flächen mit inklusiven Nutzungen muss dabei Vorrang gewährt werden. Fuß- und Radwege sind für uns dabei zentrale Achsen von Mobilität und Begegnung.

Der Mobilitätsentwicklungsplan, der die Grundlage für die Entwicklung des Verkehrs in den nächsten Jahren prägt, soll eine deutliche grüne Handschrift tragen. Gleichzeitig wollen wir bereits vor Fertigstellung des Mobilitätsentwicklungsplans wichtige Projekte angehen und umsetzen.

FUSSVERKEHR

Wir setzen uns für ein Fußverkehrskonzept ein, das auf guten Wegen und definierten Qualitätsstandards basiert. Weder die Jahreszeit noch die Witterung dürfen eine Barriere für den Fußverkehr hervorrufen. Wir wollen deutlich stärker darauf hinarbeiten, dass Fußwege als der grundsätzlichste aller Mobilitätsräume für alle Menschen in Braunschweig immer uneingeschränkt und sicher begehbar sind, ohne Hindernisse durch mangelnde Entwässerung, fehlenden Winterdienst, Gehwegschäden oder Falschparken. Unser Ziel ist eine fußgänger*innenfreundliche Braunschweiger Innenstadt, in der alle Menschen barrierearm unterwegs sein können. Das schließt eine kritische Überprüfung von Ampelschaltungen mit ein. Straßen und Plätze wollen wir so gestalten, dass sie zum Beispiel auch mit Rollstühlen oder Rollatoren bequem genutzt werden können. Um den barrierefreien Umbau von Kreuzungen und Bushaltestellen zu beschleunigen, wollen wir für das ganze Stadtgebiet ein strategisches Konzept erstellen. Auch Grundschulkinder sollen den Weg zur Schule gefahrlos zu Fuß zurücklegen können.

ÖPNV

Wir setzen auf den ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende auf kommunaler Ebene. Die Mobilität der Zukunft ist vernetzt und digital. Um den Wechsel auf den ÖPNV zu erleichtern, muss das Angebot durch schnellere Taktung, mehr Komfort durch gut gestaltete Fahrzeuge mit ausreichend Platz für Kinderwagen und Fahrräder verbessert werden. Daher wollen wir eine ausreichende öffentliche Finanzierung sicherstellen.

VIELFÄLTIGE UMSTEIGEMÖGLICHKEITEN

Die Umsteigemöglichkeiten des ÖPNV müssen zuverlässig getaktet, attraktiv und barrierefrei sein. Das bedeutet, nicht nur das Umsteigen zwischen Bahnen und Bussen, sondern auch zu anderen Verkehrsmitteln zu ermöglichen. Wir wollen sichere und gut beleuchtete Fahrradabstellanlagen sowie Angebote für Leihräder, E-Roller und Carsharing besser verfügbar machen. Insbesondere Haltestellen am Stadtrand und Parkplätze wollen wir zur Verfügung stellen, um die Nutzung des öffentlichen Verkehrs auf dem Arbeitsweg attraktiv und zuverlässig zu gestalten. Wir setzen uns für eine Verbesserung des ÖPNV und für **gute Mobilitätsketten** in den ländlichen Gebieten unserer Region ein. An größeren Haltestellen und Bahnhöfen sollen Fahrradparkhäuser entstehen – für Abo-Kund*innen selbstverständlich kostenfrei. Wir wollen eine Verbesserung der Fahrradmitnahme im ÖPNV erreichen. Zudem engagieren wir uns für **attraktive, gut beleuchtete und mit Wetterschutz ausgestattete Haltestellen**. An Knotenpunkten können Bäcker, Supermärkte und weitere Läden des täglichen Bedarfs das Angebot abrunden. Der neue Knotenpunkt Bahnhof Gliesmarode ist ein gutes Beispiel, das wir vielfach in der Stadt kopieren wollen.

INFORMATIONEN UND SERVICE

Das vernetzte Mobilitätsangebot muss leicht zugänglich und verständlich sein. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der ÖPNV-App ein, sodass neben Fahrgastinformationen, Echtzeit-Fahrplanauskünften und Ticketbuchungen sowie der **Einbindung in ein deutschlandweites Ticketverkaufssystem** auch das Reservieren von Leihfahrzeugen aller Art möglich ist. Dabei müssen wesentliche Informationen selbstverständlich immer auch ohne App zur Verfügung stehen. Bei der Berechnung von Tarifen soll für Kund*innen automatisch das günstigste Angebot ermittelt werden.

Wir wünschen uns die Entwicklung eines digitalen Check-in-Check-out-Tarifs. Das heißt, dass nur die tatsächlich gefahrene Strecke bezahlt wird und somit ein **flexibler Tarif** zur Verfügung steht. Unterschiedlichen Lebensrealitäten von Menschen wollen wir mit passgenauen Abo- und Monatskarten Rechnung tragen. Dazu gehören rabattierte Tickets für Menschen mit keinem oder geringem Einkommen ebenso, wie kostengünstige Schüler*innentickets, Abo- und Monatskarten für Pendler*innen und Menschen im Ruhestand. Im Rahmen des regionalen Verkehrsverbunds setzen wir uns für eine kostengünstige Einbeziehung der Fahrradmitnahme in Abo- und Monatskarten ein.

STARKE STADTBAHN

Weiterhin unterstützen wir das Stadtbahnausbauprogramm **Stadt-BahnPlus**, denn Stadtbahnen sind Vorreiterinnen bei der Elektromobilität. Sie haben im Vergleich zu Bussen eine höhere Fahrgastkapazität und bedienen stark nachgefragte Verbindungen in Braunschweig vor Ort emissionsfrei. Bei der Sanierung und dem Neubau von Stadtbahnstrecken soll die **Lärmminderung** hohe Priorität genießen. Ergänzend wollen wir die Umstellung der Ringbusse auf eine Stadtbahn zwischen Cyriaksring über Rudolfplatz, Amalienplatz, Rebenring und Hagenring zum Leonhardplatz prüfen lassen. Mit dem Regionalverband sind Streckenausbauten ins benachbarte Wolfenbüttel, nach Vechelde über Lamme, nach Lehre und von Rautheim nach Sickte zu untersuchen. Wir setzen uns darüber hinaus für die **Reaktivierung der Bahnstrecke in Richtung Wendeburg** im Schienenpersonennahverkehr ein. Wir brauchen gutes Personal, das die hohe Verantwortung trägt, täglich die Kund*innen des ÖPNV sicher an ihr Ziel zu bringen. Diese Arbeit ist gut und transparent nach Vereinbarungen in Tarifverträgen zu bezahlen. Wir müssen **aktiv dem Fachkräftemangel im ÖPNV entgegenwirken**. Die Arbeitsbedingungen können mit ergänzenden Angeboten wie Betriebskindergärten, Kantinen, Qualifizierungsmaßnahmen und betriebsinternen Aus- und Weiterbildungen gefördert werden.

RADVERKEHR

Wir engagieren uns für an den Bedarfen der Radfahrer*innen angepasste Radwege, die alle sicher ans Ziel führen – sei es die Schule, der Arbeitsplatz, die Innenstadt oder ein anderes Stadtviertel.

EIN GUTES VELOROUTENNETZ

Wir wollen ein Veloroutennetz für Braunschweig, das sich für Menschen jeden Alters eignet. Planung und Bau dieser Routen sollen möglichst schnell beginnen. Ein Pilotprojekt soll der Start für den kontinuierlichen Aufbau eines Veloroutennetzes sein, das später die ganze Stadt durchzieht. Velorouten sollen dabei nicht nur Pendler*innen zügiges Vorankommen ermöglichen, sondern auch Kindern und Familien zu bedarfsgerechter und sicherer Radmobilität verhelfen. Das Fahrradparken wollen wir durch Umwidmung von Kfz-Parkplätzen in Wohnquartieren und insbesondere an öffentlichen Einrichtungen sowie in Bereichen von Handel und Gastronomie fördern. Um auch den Radverkehr in der Region weiter zu stärken, wollen wir das innerstädtische Veloroutennetz durch regionale Radschnellwege ergänzen. **Die Planungen von Velorouten und Radschnellwegen müssen eng aufeinander abgestimmt werden.**

SICHERHEIT FÜR DEN RADVERKEHR

Um den **Radverkehr sicherer** zu **machen**, setzen wir uns für den Umbau einer Kreuzung zu einer **„geschützten Kreuzung“** als Pilotprojekt ein. Dabei wird der Radverkehr durch Schutzinseln vom Kfz-Verkehr physisch getrennt und erhält geschützte Warteflächen. Wo der Autoverkehr an viel befahrenen Straßen mit mehr als 30 km/h Regelgeschwindigkeit unterwegs ist, wollen wir einen separat geführten Radweg oder einen baulich gesicherten, ausreichend breiten Radfahrstreifen realisieren – wenn notwendig auch durch Rückbau einer Fahrspur für den motorisierten Verkehr. Um die Gefahren für Radfahrer*innen durch rechts abbiegende Pkw und vor allem Lkw zu reduzieren, setzen wir auf getrennte Ampelschaltungen für den Radverkehr und den motorisierten Individualverkehr.

Bei Fahrradwegen und -spuren setzen wir uns für eine **regelmäßige Reinigung** ein. Bei Velorouten soll der Winterdienst in hoher Qualität mit mindestens der gleichen Priorität wie für Hauptstraßen des Kfz-Verkehrs durchgeführt werden. Beim Thema Beleuchtung sind wir der Meinung, dass auch Alltagsradwege abseits von Straßen beleuchtet werden müssen. Hier setzen wir auf intelligente, mit Bewegungsmeldern gesteuerte Beleuchtungen.

MOTORISIERTER VERKEHR

Damit viele Wege in der Stadt problemlos zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV in kürzester Zeit und kostengünstig zurückgelegt werden können, wollen wir die Autozentrierung beenden und Braunschweig von einer autogerechten zu einer menschengerechten Stadt umbauen. Darüber hinaus wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren, um die Akzeptanz von Alternativen zum Auto zu steigern.

Der motorisierte Individualverkehr nimmt zu viel Raum ein und beschränkt die Lebens- und Umweltqualität in unserer Stadt. Auch wenn die Umstellung auf E-Autos zumindest in Sachen Luftqualität und Lärm Verbesserungen mit sich bringt, muss es unser Ziel sein, die Menge der privat genutzten Kraftfahrzeuge erheblich zu verringern. Wir setzen uns für die Entwicklung und Umsetzung eines Liefer-, Halte- und Parkkonzepts für Fahrzeuge ein. Lieferzonen und Halteflächen für Handwerker*innen unterstützen den Alltag von Handel, Gewerbe sowie von Personen mit Mobilitätseinschränkungen. Gleichzeitig wollen wir die Parkraumbewirtschaftung auch unter Berücksichtigung der Anwohner*innen ausbauen und die Überwachung des ruhenden Verkehrs intensivieren. Falschparken wollen wir baulich unterbinden.

Wir werden uns für ein Modellprojekt „Magni für Menschen“ als autofreies Stadtquartier für Fußgänger*innen und Radfahrende einsetzen. Insbesondere die Parksuchverkehre und damit verbunden die Anzahl der Parkplätze können gerade hier, zugunsten von Lebensraum, stark reduziert werden. Perspektivisch wollen wir die Braunschweiger Innenstadt autofrei, das heißt frei von privaten Kfz-Verkehren, gestalten. Dabei sollen die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Personen im Fokus stehen.

EINE SORGENDE STADTGESELLSCHAFT

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem rasanten Wandel. Der Abstand zwischen Arm und Reich wird immer größer. Prekäre Verhältnisse und die Angst vor sozialem Abstieg nehmen zu. Das gefährdet unser demokratisches Zusammenleben. Für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe im kommunalen Bereich zu sorgen, ist eine wesentliche Aufgabe für die nächsten Jahre. Wir müssen deutlich machen, dass wir niemanden zurücklassen. Wir wollen eine Stadt, die allen ein würdevolles Leben und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dabei achten wir die Diversität und unterschiedlichen Lebensentwürfe.

UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLE

Die Braunschweiger Gesellschaft ist vielfältig. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Der Stigmatisierung marginalisierter Gruppen stellen wir uns entschlossen entgegen. Im Bereich der Grundsicherung und des Jobcenters beispielsweise wollen wir im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten den Auf- und Ausbau einer wertschätzenden, auf die einzelne Person wirklich eingehenden Hilfe fördern.

OBDACHLOSIGKEIT

Für obdachlose Menschen wollen wir ein Programm schaffen, das unmittelbar und niedrigschwellig ein menschenwürdiges Dach über dem Kopf in Notschlafstellen und Übergangseinrichtungen anbietet. Daher setzen wir uns für Einzelunterbringung in den bestehenden Obdachlosenunterkünften sowie deren Ausstattung mit kostenfreiem WLAN ein. Wir wollen hier auch aus humanitären Beweggründen diejenigen vorübergehend aufnehmen, die nach dem Sozialrecht in Braunschweig nicht leistungsberechtigt sind. Wir wollen die **Zentrale Stelle für Wohnraumhilfen (ZSW) ausbauen,** damit alle so schnell wie möglich dauerhaft und dezentral in Wohnungen untergebracht werden können und bedarfsgerecht weiter betreut werden.

SEXARBEIT

Durch die bevorstehende Eröffnung eines bordellartigen Betriebs in Gliesmarode ist die Diskussion um den Umgang mit Sexarbeit in Braunschweig neu entflammt. Wir Grüne setzen uns für das **Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeiter*innen** ein und positionieren uns klar gegen Tabuisierung und Stigmatisierung von Sexarbeit. Wir wollen sichere Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen in Braunschweig in den Fokus nehmen und Schutzräume für sie schaffen. Sexarbeiter*innen steht eine wertfreie, offene Beratung zu. Daher setzen wir uns für eine aufsuchende Sozialarbeit sowie für ergebnisoffene, mehrsprachige Beratungsangebote sowohl für Sexarbeiter*innen als auch für deren Kinder ein. Wir wollen eine niedrigschwellige Anlaufstelle in der Nähe der Bruchstraße schaffen. Schutzkonzepte sowie ein Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Sexarbeiter*innen wollen wir ausbauen und die Angebote nachhaltig für die Zukunft aufstellen. Dafür wollen wir die Zuschüsse für entsprechende Vereine, Verbände und Organisationen aufstocken. Wir wollen zudem die Vernetzung zwischen der Antidiskriminierungsstelle und Beratungsstellen für Sexarbeiter*innen fördern, uns für die bedarfsgerechte Umsetzung und Ausstattung des Runden Tischs „Sexarbeit“ und für eine aktive Suche nach einer Gynäkolog*in für das Gesundheitsamt einsetzen.

ERWACHSENENBILDUNG

Wir sehen sowohl die berufliche als auch die außerberufliche Erwachsenenbildung als enormes Potenzial für mehr Chancengleichheit und für verwirklichte Lebensträume. Im Bereich der außerschulischen Bildung für Erwachsene spielt für uns vor allem die Stärkung derer eine Rolle, die es auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft schwer haben. **Wir wollen zweite und dritte Chancen für alle Erwachsenen ermöglichen.**

Dazu zählen Alphabetisierungs- und Deutschkurse. Der Zugang zu diesen muss prinzipiell allen Interessierten offenstehen. Daher müssen Bildungseinrichtungen barrierefrei gestaltet werden und ihr Angebot bedarfsorientiert ausgestaltet sein, beispielsweise im Hinblick auf Länge und Tageszeit der Kursangebote sowie Kursgrößen. In dieser Hinsicht wollen wir auch **die freien Träger stärken.**

Um diese Ziele erreichen zu können, setzen wir uns für ein integriertes Konzept für lebenslanges Lernen ein. Dieses soll als Grundlage für eine konsequente Weiterentwicklung und bedarfsorientierte Ausgestaltung der Braunschweiger Bildungslandschaft für Erwachsene dienen. Wir wollen das Bildungsbüro für diesen Bereich stärken.

GESUNDES BRAUNSCHWEIG

Die Corona-Krise führt uns schmerzlich vor Augen, wie wichtig Gesundheitsversorgung und -vorsorge sind. Wir Grüne sehen und behandeln das gesamte öffentliche Gesundheitswesen als wichtigen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei dem der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. **Öffentliche Daseinsvorsorge verstehen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe.** Um Zivilisationskrankheiten präventiv entgegenzutreten, wollen wir ausreichend attraktive öffentliche Bewegungsräume zur Förderung eines bewegten Alltags schaffen.

Wir sind dankbar, mit dem Klinikum Braunschweig eins der wenigen Krankenhäuser in Niedersachsen vor Ort zu haben, das fast alle wichtigen Fachbereiche der Medizin abdeckt. Wir freuen uns außerdem über einige Erfolge der städtischen Gesundheitspolitik der letzten Jahre, wie die Einrichtung der dringend überfälligen Hebammenzentrale. Doch um unsere Ziele zu erreichen, muss noch Enormes geleistet werden.

Wir wollen für Braunschweig die **Gesundheitsversorgung nachhaltig stabilisieren** und die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor deutlich verbessern. Dabei legen wir ein besonderes Augenmerk auch auf die pflegerische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass eine ausreichende Zahl an Pflegekräften mit einer Vertiefung in der kinderheilkundlichen Versorgung in Braunschweig ausgebildet wird.

KLINIKUM BRAUNSCHWEIG

Das Klinikum Braunschweig muss in öffentlicher Hand bleiben und dafür ausreichend finanziert werden. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das Klinikum als kommunales Klinikum zu erhalten. Wir fordern das Land Niedersachsen auf, seiner Verpflichtung nachzukommen und die investiven Kosten mindestens im Landesdurchschnitt zu übernehmen. Wir sind bereit, die darüber hinausgehenden Kosten sowie operative Defizite über den städtischen Haushalt auszugleichen. Wir drängen zudem auf eine stärkere regionale Vernetzung und auf den **Aus- und Umbau des Klinikums zum starken Ausbildungsstandort und zum Gesundheitszentrum.** Es soll stationäre mit ambulanter Versorgung verbinden und so wirtschaftlich nachhaltiger aufgestellt werden.

PFLEGEPERSONAL UND KAPAZITÄTEN DER GESUNDHEITSVERWALTUNG

Für das Personal in der Pflege wollen wir eine regionale Kampagne für Berufsrückkehrer*innen initiieren und geeignete Maßnahmen für die Rückkehr in den gelernten Beruf entwickeln. Ebenso wollen wir weitere Menschen für Pflege- und Betreuungsberufe durch vereinfachte Zugangswege und Qualifizierungsmaßnahmen gewinnen. Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten die **Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern** und die Qualität in der Patient*innenversorgung erhöhen. Dazu gehören eine bedarfsgerechte und am Patient*innenwohl orientierte Personalbemessung und tarifvertragliche Arbeits- und Lohnbedingungen, nicht zuletzt auch, um das Pflegepersonal in diesen Berufen zu halten.

Die kommunalen Gesundheitsämter haben bis zur Corona-Krise in Bedeutung und Wahrnehmung ein unterfinanziertes Schattendasein geführt, so auch das Gesundheitsamt Braunschweig. Wir wollen jede Möglichkeit im Rahmen des Tarifvertrags zur besseren Bezahlung und Aufwertung des medizinischen Personals für das Gesundheitsamt nutzen, um vakante Stellen schnell und gut besetzen zu können. In der Stadtverwaltung braucht es ein **übergreifendes Gesundheitskonzept** und eine umfassende Gesundheitsplanung basierend auf einem Gesundheitsmonitoring. Wir wollen gesundheitspolitische Richtlinien für die Stadt Braunschweig erarbeiten. Dazu wollen wir ein **Querschnittsgremium für Gesundheit in der Braunschweiger Stadtverwaltung einrichten**, das engen Kontakt zu allen Fachbereichen hält. Die Hebammenzentrale und das Programm „Frühe Hilfen", das junge Familien unterstützt, wollen wir nach entsprechender Evaluation bedarfsgerecht ausbauen.

DROGENPOLITIK

Wir möchten die aktuelle Politik der Repression weitestgehend durch Präventionen und Hilfsangebote ersetzen. Der erste Schritt sollte eine **Enttabuisierung** des Themas sein, damit offen über eine bestmögliche Drogenpolitik diskutiert werden kann. Um den Betroffenen wirksame Hilfe zu ermöglichen, können Konsumräume eine wichtige Rolle spielen. Während die Drogen auf Verunreinigung geprüft werden, können Sozialarbeiter*innen zu Konsument*innen Kontakt aufnehmen mit dem Ziel, Hilfsangebote zu vermitteln. Streetworker*innen können auch auf öffentlichen Plätzen Konsument*innen ansprechen und auf Hilfsangebote aufmerksam machen. Den Einsatz dieser Instrumente wollen wir für Braunschweig prüfen.

ALTER(N) IN BRAUNSCHWEIG

Mit dem demografischen Wandel steigt auch in Braunschweig der Anteil älterer und unterstützungs- und pflegebedürftiger sowie von Altersarmut betroffener Personen. Gleichzeitig bleiben viele Menschen länger gesund, aktiv und selbstbestimmt als früher. Braunschweig weist schon heute ein vielfältiges Angebot für und von älteren Menschen auf. Seniorenrat, Seniorenring, Begegnungsstätten und Selbsthilfeinitiativen ermöglichen Partizipation und Aktivität. Aber es braucht vielfach Veränderung, um bedarfsgerecht auf die Bedürfnisse der „neuen Alten" eingehen zu können. Wir setzen uns für die Förderung von Selbstbewusstsein, Eigenverantwortung und Würde der älteren Generation ein. Dafür braucht es eine sorgende Stadt. Wir wollen für Braunschweig eine bessere Abstimmung der Stadt- und Sozialplanung sicherstellen, mitsamt einer aktivierenden Altenhilfe- und Pflegeplanung als verlässlichen Rahmen für die Weiterentwicklung von Angeboten und Hilfen.

SENIOR*INNEN-WGS, TAGESPFLEGE, BETREUUNGSGRUPPEN UND AMBULANTE HILFEN

PASSENDE WOHNFORMEN IM QUARTIER

Bei der Planung von Betreuungs-, Pflege- und Unterstützungsangeboten muss eine Orientierung am Quartier stattfinden. **Im Alter sollen alle Menschen in ihrem Lebensumfeld und ihrer Nachbarschaft weiterleben können**, ob im eigenen Zuhause oder einer wohnortnahen Alten- und Pflegeeinrichtung. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Altenhilfe- und Pflegeplan mit einem speziellen Schwerpunkt auf notwendige Maßnahmen in den Quartieren aktualisiert wird. Daraus wird ein Umsetzungsplan für exemplarische Modellquartiere entwickelt. Wir wollen kleinräumigen neuen Wohnformen, Senior*innen-WGs, der Tagespflege, Betreuungsgruppen und ambulanten Hilfen den Vorrang vor Pflegeheimen einräumen. Die soziale Infrastruktur muss auf eine größere Vielfalt hin kultursensibel ausgerichtet werden. Die Stadt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum ermöglichen und diese bei der Planung neuer Quartiere berücksichtigen.

BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

Zudem wollen wir vielfältige **Beratungsangebote stärken,** die zum Beispiel pflegende Angehörige und den Übergang in den Ruhestand sowie die Arbeit im Alter aktiv begleiten. Projekte und Beteiligungsformen wie **„Anti-Rost",** die die Aktivität älterer Menschen ermöglichen, wollen wir nachhaltig finanzieren. Wir wollen den öffentlichen Raum so gestalten, dass er soziale Teilhabe und Begegnung ermöglicht. Den altersgerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV wollen wir mit vielfältigen Maßnahmen vorantreiben. Die kommunalen Möglichkeiten zur Minderung von Altersarmut, wie zum Beispiel das **Sozialticket,** planen wir auszubauen. Außerdem wollen wir **bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen.**

EHRENAMT ANERKENNEN UND STÄRKEN

Viele Menschen haben auch während der Corona-Pandemie bewiesen, dass auf ihr ehrenamtliches Engagement Verlass ist: als Einkaufshilfe, in der Durchführung von Tests in Pflegeheimen, bei der Kindernotbetreuung, als Nachbarschaftshilfe oder in zahlreichen anderen Bereichen. Sowohl in Krisenzeiten wie auch im Alltag bilden Ehrenamtliche das Fundament unseres Zusammenlebens. **Ehrenamtliches Engagement ist unersetzbar – der Wert liegt in ihm selbst.** Wir möchten deshalb zusätzlich weitere Verbesserungen für ehrenamtliches Engagement etablieren. Dazu zählt für uns, Träger*innen der Ehrenamtskarte weitere Vorteile zu ermöglichen. Die kostenlose ÖPNV-Nutzung an Wochenenden oder die Gewährung eines Mobilitätsguthabens sind Beispiele für Vorteile, die die Ehrenamtskarte noch attraktiver machen. Ebenso setzen wir uns für eine Verbesserung von Schulungs- und Fortbildungsangeboten ein. Insgesamt wollen wir die Strukturen stärken, in denen Ehrenamtliche agieren. Dazu gehören auch jene Initiativen, die die Vernetzung und Vermittlung von Ehrenamtlichen verwirklichen.

INKLUSION UND TEILHABE

ÖFFENTLICH FINANZIERTE ARBEITSPLÄTZE ALS VORBILDFUNKTION

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft mit entsprechender Infrastruktur. Menschen mit Behinderungen müssen mit ihren individuellen Bedürfnissen im Mittelpunkt inklusiver Politik stehen. In Braunschweig findet aktuell ein breiter Dialog zum Thema Inklusion statt, in dem ein kommunaler Aktionsplan (KAP) zum Thema Inklusion erarbeitet wird. Die Grundlage hierfür bildete die 1. Braunschweiger Inklusionskonferenz, bei der wir uns aktiv eingebracht haben. Wir wollen den kommunalen Aktionsplan aufmerksam begleiten und uns dann dafür einsetzen, dass die Ergebnisse umgesetzt werden. Dies wird ein Querschnittsthema sein. Die Stadtverwaltung und die kommunalen Betriebsgesellschaften müssen die gesetzliche Quote bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen endlich erfüllen. Damit übernehmen öffentlich finanzierte Arbeitsplätze eine Vorbildfunktion für private Unternehmen.

STADT FÜR KINDER & JUGENDLICHE

In der Corona-Pandemie mussten Kinder oft zurückstecken. Wir wollen sicherstellen, dass sie in den kommenden fünf Jahren endlich als gleichberechtigte Braunschweiger*innen gesehen werden. **Jedes Kind soll die optimale Förderung erhalten, die es für seine persönliche Entwicklung benötigt.** Dabei müssen Inklusion und Integration überall zur Selbstverständlichkeit werden. Wir fordern eine moderne, kommunal vernetzte Bildungs- und Betreuungslandschaft, die für alle Kinder in Braunschweig die passenden Angebote bereithält.

KINDERBETREUUNG

Wir wollen die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für die Null- bis Sechsjährigen durch Neubau und Erweiterung von Kindertagesstätten und den weiteren Ausbau der Tagespflege umsetzen. Dazu planen wir, einen quartiersbezogenen Kindertagesstätten-Plan aufzusetzen, mit dem frühzeitig auf veränderte Bedarfe in den Stadtteilen reagiert werden kann. Dabei legen wir Wert auf die Qualität der Betreuung – sei es bei den Betreuungszeiten, der Weiterbildung des Personals, der sprachlichen Förderung oder der frühkindlichen Bewegungsförderung. Wir wollen sicherstellen, dass allen Kindertagesstätten ausreichend Bewegungsflächen zur Verfügung stehen, um jedem Kind einen bewegten Alltag zu ermöglichen. Wir wollen regelmäßige **Supervisionsangebote für Erzieher*innen ermöglichen und somit Raum für fachliche Reflexion und Qualitätssteigerung schaffen.**

Wir wollen das Familienzentrenprogramm, das Eltern in Bildungsprozesse einbezieht, mit mindestens zwei zusätzlichen Familienzentren pro Jahr fortführen. Das Rucksackprojekt zur Sprachförderung, das vor allem Eltern aus nicht deutschsprachigen Familien bei der Sprachförderung ihrer Kinder ermächtigt und begleitet, wollen wir auf mehr Kitas ausweiten. Dazu muss die Stadt eine **Vielfalt an Träger*innen fördern**. Besonders kleine Träger*innen und inklusive Einrichtungen müssen dabei unterstützt werden. Der Kita-Ausbau darf nur im Ausnahmefall an der Wirtschaftlichkeit einer Einrichtung bemessen werden. Erzieher*innen und pädagogische Fachkräfte tragen eine hohe Verantwortung für die Entwicklung unserer Kinder. Wir wollen Spitzenqualität in den Kindertagesstätten, die vor allem durch eine gute **Ausbildung von Erzieher*innen** gewährleistet wird. Darüber hinaus möchten wir Qualifizierungsprogramme aufsetzen, die den Quereinstieg in den Erzieher*innenberuf ermöglichen, um zusätzliches gut ausgebildetes Personal zu gewinnen.

SCHULE UND BILDUNG

Grüne Bildungspolitik zielt auf vernetzte, alle Bildungsformen umfassende Bildungslandschaften ab, in denen alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben erhalten – unabhängig von zugeschriebener Herkunft, Geschlecht oder einer Behinderung. **Wir verstehen Vielfalt als Lernchance und nicht als Lernhindernis.** Wir wollen an den Schulen und um die Schulen Räume schaffen, in denen alle Schüler*innen sich sicher, gefördert und gesehen fühlen. Unser Ziel ist ein Ausbauprogramm für die kommunale Schulsozialarbeit mit **mindestens zwei zusätzlichen Schulsozialarbeiter*innen** pro Jahr, unabhängig vom Landesprogramm. Außerdem wollen wir uns zusätzlich zum Landesprogramm für ein **Schaffen und Nutzen außerschulischer Lernorte** einsetzen. Lernen findet nicht nur im Klassenzimmer statt. Beispielsweise wollen wir Schulgärten und Schulgartenprojekte städtisch fördern. Auch die Bibliothekslandschaft soll ausgebaut werden.

KOOPERATIVE GANZTAGESSCHULEN

Wir wollen **alle Grundschulen in kooperative Ganztagesschulen umwandeln**, bis 2026 mindestens 80 %. Wir wollen bis 2026 die Schulkindbetreuung insgesamt auf 80 % Versorgungsquote ausbauen. Die Ganztagesschulen bieten ein kooperatives Modell zwischen Schule und Partner*innen der Jugendhilfe, das wir für zukunftsfähig halten. Sie garantieren für alle Kinder qualitätsvolle und verlässliche Nachmittags- und Ferienbetreuung bedarfsgerecht an fünf Tagen in der Woche oder in Tagesplätzen. Wir wollen, dass Inklusion auch für den Nachmittag die erforderliche Personalausstattung durch Aufstockung des bisherigen Programms erhält.

NEU ZUGEWANDERTE SCHÜLER*INNEN FÖRDERN

Bei neu zugewanderten Kindern darf die Intensität der Förderung nicht vom Aufenthaltsstatus abhängen. Herkunftssprachliche Kompetenzen wollen wir prüfen und sie als vollwertige Fremdsprache anerkennen lassen, auch im Schulzeugnis. Unabhängig vom Alter streben wir die Möglichkeit zur Erlangung eines Schulabschlusses auch für neu zugewanderte Jugendliche an. Wir wollen die **Schulbildungsberatung Braunschweig (SchuBS) nachhaltig ausbauen**. In diesem Rahmen wollen wir kultur- und sprachneutrale Analyseverfahren im Rahmen der Berufsorientierung an Braunschweiger Schulen garantieren, sodass auch neu zugewanderte Schüler*innen gleichberechtigte Teilhabechancen im Übergang Schule-Beruf erfahren können. Für die berufsbildenden Schulen wollen wir ein Konzept für ihre Stärkung und Weiterentwicklung zu regional vernetzten Berufsbildungszentren erarbeiten, um sie an einen Ausbildungsmarkt im Wandel anzupassen.

Gerade die Berufsschulen leisten im Bereich der Inklusion seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit, die zunehmenden Herausforderungen ausgesetzt ist. Daher wollen wir die kommunale Schulsozialarbeit auch an berufsbildenden Schulen stärken, um so die Chancengerechtigkeit zu erhöhen und sowohl den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern als auch die Abbruchquote in der Ausbildung zu verringern.

DAS BILDUNGSBÜRO STÄRKEN

Wir wollen ausreichende Personalausstattung für **Schulentwicklungsplanung** und das Bildungsbüro sicherstellen, sodass rechtzeitig auf sich ankündigende Veränderungen in der Schullandschaft reagiert werden kann. Erste Schritte zum Aufbau einer vernetzten Bildungslandschaft durch das Bildungsbüro für alle Altersgruppen, das passgenau auf die Bedarfe und Anforderungen aller reagieren kann, müssen unternommen werden.

GESUNDE UND SICHERE SCHULE

Wir wollen Schulen als Orte der Bewegung durch moderne **Bewegungsangebote auf allen Schulhöfen** fördern. Es sollen **Rückzugs- und Entspannungsmöglichkeiten für Schüler*innen** geschaffen werden, die Erholungspausen im Schullalltag ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für die Erarbeitung eines **Konzepts für schmackhaftes und gesundes Schulessen** ein, wobei die Einrichtung einer zentralen

Küche ein Element sein kann. Die Beschaffung der Schulverpflegung wollen wir in den nächsten Jahren ökologisch ausrichten und schrittweise auf Biolebensmittel umstellen, die bestenfalls regional und saisonal produziert werden. Um die **Sicherheit der Schulwege** zu erhöhen, sollen für Schulen mit Gefährdungspotenzial an runden Tischen gemeinsam mit Eltern-, Schulvertreter*innen und der Polizei die **Schulwegpläne überarbeitet** werden. Die Schüler*innenbeförderung soll weiter ausgebaut und bezüglich Fahrzeiten und Kapazitäten angepasst werden.

SCHULSPORT

Spaß an Bewegung und Kenntnis über die Vielfältigkeit des Sports werden vom modernen Schulsport vermittelt. Auch werden dort wichtige motorische und soziale Fähigkeiten etabliert. Besonders für Kinder, die noch kaum Berührungspunkte mit außerschulischen Bewegungsangeboten haben, spielt ein attraktiver schulischer Sportunterricht, der die Freude an Bewegung aller Kinder in den Vordergrund stellt, eine zentrale Rolle. Dabei sind kurze Wege zu den Sporthallen und Sportplätzen sowie vielfältige Bewegungsräume auf unseren Schulhöfen eine Voraussetzung für Spaß an Bewegung und Sport. Die sportlichen Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen wollen wir stärken, indem wir diese mehr als bisher von der Schule ausgehend denken. Über Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Sportangeboten finden viele Kinder den Einstieg in ihre Lieblingssportart und den Startschuss in ein bewegtes Leben. Wir Grüne wollen vielfältige Bewegungsmöglichkeiten auf Pausenhöfen schaffen und setzen uns für Schulsportstätten in der Nähe von Schulen ein. Dafür ist auch ein weiterer **Ausbau der Sportstätteninfrastruktur** notwendig. Wir werben darüber hinaus für mehr Schulsportangebote in Form von Arbeitsgemeinschaften.

INFRASTRUKTUR DER STÄDTISCHEN SCHULEN UND KINDERTAGESSTÄTTEN

Die Schulen müssen sichere Lernorte werden, an denen Schüler*innen sich wohlfühlen können und die ihnen alle Mittel bieten, die für eine moderne Schulbildung notwendig sind. Zielgerichtet streben wir einen effizienten Abbau des bestehenden riesigen Sanierungsstaus an Braunschweiger Schulen und Kindertagesstätten an. Neben der Behebung sonstiger Mängel ist auch eine energetische Sanierung der Gebäude erforderlich. Es braucht zudem eine verbesserte Sanitärausstattung, vor allem bei den Schultoiletten, und teilweise eine Erhöhung des Reinigungsintervalls. Zudem wollen wir erreichen, dass Bio-Menstruationshygieneartikel kostenfrei an allen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Sport- und Schwimmhallen müssen umfassend saniert zur Verfügung stehen. Die Standortfrage für eine Sporthalle in der Innenstadt muss dringend geklärt werden, um eine zügige Umsetzung zu ermöglichen.

NOTWENDIGE RESSOURCEN ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Es braucht einen **signifikanten Anstieg der Ressourcen für Schulsanierungen und eine effizientere Ausgestaltung der Prozesse**. Die eigene Verantwortung der Stadt ist öffentlich-privaten Partnerschaften vorzuziehen. Die Bau- und Sanierungspolitik soll transparent gestaltet werden. Ebenso planen wir die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für Erweiterungen und den Neubau von Schulen, um den aktuellen Raum- und Sporthallenbedarfen gerecht werden zu können, und für ausreichend digitale Ausstattung an allen Schulen. Wir wollen den **Medienentwicklungsplan** fortführen. Außerdem müssen Barrieren für Schüler*innen abgebaut und Inklusion gewährleistende technische Einrichtungen und Baumaßnahmen gefördert werden, um echte Teilhabe zu ermöglichen.

JUGENDARBEIT

Wir freuen uns über die ausgesprochen gute Versorgung Braunschweigs mit Jugendtreffs und Jugendzentren sowie das enge Netz an Jugendverbänden, die im Jugendring Braunschweig zusammengeschlossen sind. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein Freizeit- und ergänzendes Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche ist. Jugendzentren und Jugendverbände sind außerdem wichtige außerschulische Bildungsorte und Orte der Demokratieentwicklung. Wir planen eine neue, moderne und individuell bedarfsorientierte Konzeption der Jugendarbeit in Braunschweig. Wir brauchen einen zeitgemäßen Ansatz, der sich an den Stadtteilen orientiert und seine Schwerpunkte verlagert, um neue Nutzer*innengruppen zu erreichen. Dabei spielt auch die Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus eine zentrale Rolle für uns.

VERNETZUNG VON SPORTVEREINEN UND JUGENDZENTREN STÄRKEN

SELBSTSTÄNDIGER CHARAKTER DER JUGENDARBEIT

Die Jugendarbeit darf ihren selbstständigen Charakter nicht verlieren, weshalb es eine **Überarbeitung der Förderrichtlinien** im Hinblick auf ausreichende Ressourcen braucht. Wir setzen uns für eine zielgerichtete Initiative der Stadt ein, um Schulen und andere Betreuungsangebote wie Sportvereine und Jugendzentren in ihrer Vernetzung zu stärken. Eine Kontaktbörse könnte koordinierte, gemeinsame Angebote und neue Chancen, wie beispielsweise die Nutzung von Schulhöfen außerhalb der Öffnungszeiten, ermöglichen. Wir streben eine zügige Umsetzung der Einrichtung von zusätzlichen Jugendzentren in den neuen Baugebieten und unversorgten Stadtteilen an sowie die Sanierung oder den **Neubau des B58 als Jugendkulturzentrum** am Standort Bültenweg.

CHANCENGLEICHHEIT FÜR JUNGE BRAUNSCHWEIGER*INNEN

20 % aller Braunschweiger Kinder wachsen in Armut auf. Diese Zahl ist viel zu hoch. Viele Hemmnisse verhindern die Chancengerechtigkeit für junge Braunschweiger*innen. Besonders die Kinder von Alleinerziehenden, von Eltern mit geringen Deutschkenntnissen oder einem niedrigen Bildungsniveau sind in vielerlei Hinsicht massiv benachteiligt. Wir wollen, dass jedes Kind in Braunschweig alle Möglichkeiten hat, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen.

Daher wollen wir mehr begleitende Unterstützung und Förderung von Familien erreichen. Es braucht die Ermöglichung von Zugängen zur Teilhabe an Bildung, kulturellen und sportlichen Aktivitäten. Es gibt in Braunschweig einen Flickenteppich einzelner meist durch Drittmittel geförderter Projekte, die wegen der kurzen Laufzeit oft nicht nachhaltig wirken können. Dem wollen wir entgegentreten und ein umfassendes und diskriminierungsfreies Unterstützungsangebot schaffen, angefangen von einem zugänglichen und anregenden Umfeld im Stadtteil über gut ausgestattete Einrichtungen bis hin zu begleitenden Fördermaßnahmen. Wir wollen die Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe weiter stärken, vernetzen und ausbauen. Niedrigschwellige Angebote wie Jugend- und Erziehungsberatung sowie Kooperationsarbeit zwischen Kitas, Schulen und Jugendhilfe haben einen hohen Stellenwert in der Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien.

KOMMUNALER PLAN ZUR CHANCENGERECHTIGKEIT

Wir wollen einen kommunalen Plan zur Chancengerechtigkeit als integriertes, fachbereichsübergreifendes Entwicklungskonzept erarbeiten und verabschieden. In diesen Plan werden **ein aktualisiertes kommunales Handlungskonzept Kinderarmut, ein überarbeitetes Integrationskonzept, der neu zu erstellende Inklusionsplan und die entsprechenden Maßnahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzepts („ISEK“) zu einem Gesamtplan zusammengeführt.** Für bisher durch Drittmittel geförderte Einzelprojekte wollen wir nachhaltige Finanzierung zur Verfügung stellen, die die Fortsetzung erfolgreicher Arbeit ermöglicht. Das heißt nicht, dass jedes geförderte Projekt dann durch die Stadt weitergeführt wird. Vielmehr wollen wir eine Grundstruktur schaffen und finanzieren, in die erfolgreiche geförderte Projekte dann integriert werden können. Zudem wollen wir einen dauerhaften **Corona-Bildungsfonds für benachteiligte Kinder und Jugendliche** einrichten. Schließlich wollen wir die Teilhabequote steigern und einen unbürokratischen und leichten Zugang zu allen Angeboten des Bildungs- und Teilhabepakts durch geeignete Maßnahmen ermöglichen. Weiterhin wollen wir uns für die Finanzierung von Projekten einsetzen, die Familien unterhalb der Armutsgrenze bei der Anschaffung von Gegenständen wie Computern und Fahrrädern unterstützen.

BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Wir möchten die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken, damit sie selbst aktiv für ihre Rechte einstehen können. Dazu wollen wir bei allen konkreten Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen, passende Beteiligungsformate ermöglichen. **Regelmäßige Austauschformate zwischen Kindern, Jugendlichen, Rats- und Stadtbezirksratsmitgliedern** können den Anliegen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen Gehör und Gewicht verschaffen. Wir wollen die Beteiligungsstelle beim Jugendamt ausbauen sowie im Dialog mit der Jugendpflege und den Jugendorganisationen das bestehende Beteiligungskonzept überprüfen und ausweiten. Außerdem wollen wir neben den vorhandenen Beteiligungsinstrumenten Ideen für geeignete offene Beteiligungsformen entwickeln, wie zum Beispiel **ein Beteiligungsbüro, einen Jugendbeirat oder ein Kinder- und Jugendparlament.** Darüber hinaus wollen wir, dass sich die Stadt Braunschweig auf Landesebene für das passive Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren einsetzt.

AUSTAUSCHFORMATE ZWISCHEN KINDERN, JUGENDLICHEN, RATS- UND STADTBEZIRKSRATSMITGLIEDERN

WELTOFFENE, SOLIDARISCHE, GESCHLECHTER-GERECHTE STADT

In einer Demokratie muss die aktive, sichtbare und gerechte Teilhabe von und mit allen möglich sein. Menschen werden immer noch aufgrund ihres (zugeschriebenen) Migrationshintergrunds, ihres Namens, ihrer Religion, ihrer Hautfarbe, ihres Äußeren, ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, ihres sozioökonomischen Hintergrunds, ihres Alters oder ihrer Behinderung in unserer Gesellschaft diskriminiert.

Wir wollen, dass alle Gruppen entsprechend ihres gesellschaftlichen Anteils in öffentlichen Ämtern, im öffentlichen Dienst und in Prozessen politischer Meinungsbildung repräsentiert sind. Denn:

EINE STADT FÜR ALLE IST NUR MÖGLICH, WENN VIELFÄLTIGE PERSPEKTIVEN, ERFAHRUNGEN UND LEBENSWELTEN IN ENTSCHEIDUNGEN EINFLIESSEN.

PARTIZIPATION VON MIGRANT*INNEN

Braunschweig ist eine Stadt der Vielfalt. Mittlerweile leben in Braunschweig Menschen aus über 170 Nationen. Sie leben und arbeiten hier und sind ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft. Wir stehen für mehr Partizipation von Migrant*innen an gesellschaftlichen Prozessen und politischen Entscheidungen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Integrationsplan der Stadt Braunschweig, der die Teilhabe von Migrant*innen einschließt, unter Mitwirkung der Migrant*innen zu einem Inklusionsplan überarbeitet wird. Inklusion verstehen wir als einen wechselseitigen längeren Prozess zwischen Migrant*innen und der Mehrheitsgesellschaft. Der jetzige Integrationsplan von 2016 greift zu kurz, weil er mit der Ankunft in Deutschland, der Vermittlung von Unterkunft und der ersten Sprachkenntnisse endet.

Wir wollen ein effektiv arbeitendes Braunschweiger Gremium zur Möglichkeit politischer Teilhabe für Braunschweiger*innen ohne deutschen Pass einrichten und fördern. Die bisherige Struktur des Ausschusses für Integration (AFI) soll unter Einbeziehung der Beteiligten überprüft und optimiert werden, um dessen Effizienz zu steigern. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind gewählte Vertreter*innen von Migrant*innen mit Antrags- und Stimmrechten für dieses Gremium. Insgesamt wollen wir so Rahmenbedingungen schaffen, die Integration einen höheren Stellenwert verleihen.

MIGRANT*INNEN UNTERSTÜTZEN

Wir unterstützen darüber hinaus Kampagnen zur Information über Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Einbürgerung. Auch wollen wir die Professionalisierung von Migrant*innenselbstorganisationen und -vereinen durch die Schaffung transparenter Beratungs- und Unterstützungsangebote fördern.

Ein barrierefreier Zugang durch Mehrsprachigkeit und leichte Sprache soll auf wichtigen Webseiten der Stadtverwaltung Braunschweigs eine Selbstverständlichkeit sein. Es muss ein ganzheitliches Konzept für inklusive und effektive Kommunikation mit allen Braunschweiger*innen entwickelt werden.

SOLIDARITÄT MIT GEFLÜCHTETEN

Flucht und Asyl sind Menschenrechte. Wir wollen, dass Braunschweig als solidarische Stadt seine Verbundenheit mit allen Menschen auf der Flucht und mit der zivilen Seenotrettung zeigt. Die Stadt muss eine gesicherte Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten inklusive Bleibeperspektive gewährleisten, indem sie die notwendigen Ressourcen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen, bereitstellt, um die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen zu ermöglichen. **Wir erwarten, dass der Erklärung Braunschweigs zum „Sicheren Hafen" auch Taten folgen.** Außerdem fordern wir, dass die Stadt ihre Möglichkeiten gegen Abschiebungen ausschöpft. Wir setzen uns dafür ein, dass zivile Seenotrettungsorganisationen aktiv unterstützt werden, zum Beispiel durch eine Patenschaft der Stadt Braunschweig für ein Rettungsschiff.

BESSERE INFRASTRUKTUR SCHAFFEN

Wir wollen eine Infrastruktur für eine verstärkte Aufnahme von Geflüchteten schaffen. Die Stadt muss gegenüber dem Land Niedersachsen und dem zuständigen Bundesministerium ihre Bereitschaft signalisieren und proaktiv einfordern, auch über gesetzliche Quoten hinaus Geflüchtete aufzunehmen. Insbesondere sollen aus Seenot Gerettete und Menschen aus den Geflüchtetenlagern an den EU-Außengrenzen aufgenommen werden. Hierzu gehört auch eine Stärkung der Zusammenarbeit mit der Bewegung Seebrücke. Braunschweig kommt als Koordinatorin des Bündnisses Städte Sicherer Häfen in Niedersachsen eine besondere Rolle zu. Wir fordern, dass die Stadt dieser Verantwortung in angemessener Weise nachkommt. **Zudem setzen wir uns für die Unterstützung der Arbeit von Organisationen und Beratungsstellen für Geflüchtete (zum Beispiel Refugium, FrauenBUNT, Haus der Kulturen) ein.**

ANTIRASSISMUS

Noch immer werden Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres kulturellen und/oder religiösen Hintergrunds oder ihres Aussehens bestimmte Eigenschaften zugeschrieben. Wir Grüne stehen für eine antirassistische Gesellschaft.

Wir wollen diskriminierende Strukturen und Alltagsrassismus identifizieren, aufzeigen und bekämpfen. Daher setzen wir uns für den Ausbau und eine stetige **Förderung einer von der Stadtverwaltung unabhängigen Antidiskriminierungsstelle** ein. Sie soll mit vorhandenen Beratungsangeboten eng vernetzt sein und proaktiv handeln. Wir fordern von der Stadt außerdem die **Weiterbildung und Sensibilisierung städtischer Mitarbeiter*innen zum rassismuskritischen Arbeiten und Handeln.** Wir setzen uns für eine kontinuierliche antirassistische Evaluierung des öffentlichen Lebens ein. **Zudem wollen wir antirassistische Organisationen, Vereine, Initiativen und Projekte nachhaltig stärken.**

ANTIFASCHISMUS: KLARE KANTE GEGEN RECHTS

Für uns haben Faschismus, Rechtspopulismus sowie Antisemitismus und Rassismus in Braunschweig keinen Platz.

RUNDER TISCH GEGEN RECHTS

In der letzten Zeit ist in Braunschweig zunehmend ein Erstarken von antidemokratischen und faschistischen Strukturen zu beobachten, das von regelmäßigen Kundgebungen und Aktionen im Stadtgebiet bis hin zu gewalttätigen Übergriffen reicht. Diesen Tendenzen wollen wir **konsequent und auf allen Ebenen** klar und deutlich entgegentreten. Als aktives Mitglied im Bündnis gegen Rechts setzen wir uns für einen breiten zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss aller demokratischen Parteien, Organisationen, Vereine und Gewerkschaften ein. Daher unterstützen wir die Forderung nach der **Einrichtung eines runden Tischs, um gemeinsam mit der Stadtverwaltung und der Politik gegen rechte Gewalt und Ideologien in Braunschweig aktiv zu werden und wirksame Maßnahmen zu erarbeiten.**

SOLIDARITÄT UND GEDENKKULTUR

Wir zeigen Solidarität mit antifaschistischen, gewaltfreien Strukturen und engagieren uns gegen ihre Kriminalisierung. Dabei setzen wir uns gegen jegliche Gleichsetzung mit rechtsextremistischen Strukturen ein. Aktiver Antifaschismus ist ein Zeichen gelebter Demokratie. Wir wollen daher antifaschistische Arbeit stärker fördern und unterstützen, insbesondere mit **Hilfs- und Beratungsangeboten für Opfer von rechter Gewalt sowie mit aktiven Präventionsprogrammen und -angeboten.** Ein wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Rechts ist eine aktive Erinnerungs- und Gedenkkultur. Daher setzen wir uns für den Erhalt und den Ausbau

von städtischen Gedenk- und Erinnerungsstätten, Bildungsangeboten sowie der Förderung von kulturellen Aktionen zur kritischen Aufarbeitung der Verbrechen des Faschismus und zum antifaschistischen Widerstand ein. Ganz klar lehnen wir jegliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen und insbesondere im Rat der Stadt mit rechtspopulistischen, faschistischen, rassistischen und antidemokratischen Parteien und Organisationen ab. Überdies setzen wir uns dafür ein, dass bei der Verteilung von kommunalen Mitteln eine Überprüfung der Zuwendungen erfolgt, damit Vereine, Initiativen und Organisationen, die rechtes Gedankengut in jeglicher Form unterstützen, keinerlei Förderung erhalten.

GLEICHE RECHTE UND CHANCEN FÜR ALLE GESCHLECHTER, ORIENTIERUNGEN UND IDENTITÄTEN

Wir stehen für einen intersektionalen Queer*Feminismus. Wir erkennen an und berücksichtigen, dass Personen aufgrund ihrer romantischen und sexuellen Identität oder Orientierung, aber auch aufgrund ihres ethnischen oder sozialen Hintergrunds, ihres Alters, ihrer ökonomischen Situation, ihres Bildungsniveaus, einer Behinderung, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens oder weiterer Merkmale unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen machen. Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der Diskriminierung keinen Platz hat.

Wir wollen, dass die Stadt Braunschweig es als selbstverständlich ansieht, sich in der Öffentlichkeit als vielfältige und bunte Stadt zu präsentieren. Für lokale, queere Projekte wollen wir deshalb in Zukunft eine nachhaltige finanzielle Absicherung sicherstellen. Insbesondere die Trans*- und Inter*Beratungsstelle muss finanziell unterstützt werden. So kann zusammen mit der bestehenden und gut funktionierenden Koordinierungsstelle LSBTI* ein breites Unterstützungsangebot entstehen.

ALLE GESCHLECHTSIDENTITÄTEN ANERKENNEN

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Braunschweig sowie ihre städtischen Einrichtungen alle Geschlechtsidentitäten anerkennen und vielfältige Lebensweisen repräsentieren. Wir wollen durchsetzen, dass in Formularen und Anträgen sowie in der Öffentlichkeitsarbeit geschlechtergerechte Sprache verwendet wird. Ein partizipativ entwickelter Leitfaden zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache soll von allen Mitarbeitenden der Stadt und in städtischen Einrichtungen verpflichtend umgesetzt werden. Die wichtigsten **Informationsangebote sollten auch in leichter Sprache zur Verfügung stehen.**

Kommunale Träger*innen und Beratungsstellen müssen sich zudem mit queeren Lebensweisen auseinandersetzen. Daher setzen wir uns für Fortbildungsangebote zu den Themen „sexuelle und romantische Vielfalt“ sowie „geschlechtliche Identität“ ein. Außerdem engagieren wir uns für die Vernetzung und Zusammenarbeit mit queeren Projekten sowie für entsprechende Aktions- und Informationstage in der Stadt. Braunschweig soll zudem sichtbar und öffentlichkeitswirksam ein Zeichen für Toleranz und Vielfalt setzen, indem die Regenbogenfahne vor dem Rathaus ganzjährig gehisst wird. Wir erwarten weiterhin, dass politische Vertreter*innen der Stadt Braunschweig nicht an Veranstaltungen teilnehmen, auf denen die Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen bewusst reproduziert wird und die Ausschlüsse schaffen, die den gleichstellungspolitischen Zielen gegenläufig sind.

GESCHLECHTERGERECHTE ÖFFENTLICHE TOILETTEN

Zu Geschlechtergerechtigkeit gehört auch, dass allen Menschen im öffentlichen Raum Toiletten zur Verfügung stehen. Toiletten im öffentlichen Raum sind nach Männern oder Frauen getrennt. Doch nicht alle Menschen finden sich in diesen zwei Geschlechtskategorien wieder. Damit sowohl queere, trans- und inter*geschlechtliche Personen die Möglichkeit haben, eine öffentliche Toilette zu benutzen, wollen wir, dass die Stadt im öffentlichen Raum sowie in allen öffentlichen Gebäuden **All-Gender-Toiletten** zur Verfügung stellt. **Zudem fordern wir einen kostenfreien Zugang zu öffentlichen Toiletten für alle Menschen.**

UNTERSTÜTZUNG UND SCHUTZ VOR GEWALT

Sexismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus sind strukturell in unserem Alltag verankert und gefährlich. Die Unterstützung für Betroffene von Gewalt muss nachhaltig ausgebaut und verbessert werden, **damit sich in Braunschweig alle sicher fühlen können.** Wir setzen uns daher dafür ein, dass neben den bereits existierenden 16 Plätzen im Frauenhaus weitere Plätze, insbesondere Familienplätze, geschaffen werden. Die Stadt muss hierzu Maßnahmen ergreifen, um verlässlich genügend Wohnraum für mindestens 25 Familienplätze gemäß der Istanbul-Konvention sicherzustellen. Mitgedacht werden muss hier vor allem auch die Bereitstellung barrierefreier Plätze.

SICHERER ÖFFENTLICHER RAUM

Um für alle sicherere öffentliche Räume zu schaffen, braucht es auch Veränderungen im städtischen Raum. Wir wollen, dass Lücken in der Straßenbeleuchtung identifiziert und ausgebessert werden, um das Sicherheitsgefühl aller Braunschweiger*innen bei Nacht zu erhöhen. Auch das Sicherheitsgefühl von Personen, die von geschlechtsspezifischer Gewalt, sexueller Belästigung und Catcalling betroffen sind, wollen wir steigern. Dafür wollen wir dem Beispiel vieler anderer Städte folgen und die Kampagne „Luisa ist hier“ in Braunschweig etablieren. Dadurch erhalten sie auf die Frage „Ist Luisa hier?“ gegenüber Mitarbeitenden in Kultureinrichtungen, Gastronomie, Geschäften usw. unmittelbar und diskret Hilfe in bedrohlichen oder belästigenden Situationen.

KULTUR UND SPORT

Braunschweig ist eine lebendige Kultur- und Sportstadt mit traditionsreicher Geschichte, die von großen Kulturinstitutionen bis zu einer aktiven Kulturszene, von professionellen Sportclubs, vielfältigen Sportvereinen bis zu diversen Möglichkeiten des Freizeitsports eine Menge zu bieten hat. Die Corona-Krise zeigt deutlich, wie wichtig Kultur und Sport für die Lebendigkeit und die Lebensqualität einer Stadt sind und wie fragil die Strukturen sind, auf denen diese Bereiche teilweise aufbauen. Die Kultur ist dabei nicht nur ein Unterhaltungsangebot, sondern Basis für ein kreatives Milieu und Ort des gesellschaftlichen Diskurses. Sport- und Bewegungsangebote spielen eine zentrale Rolle aktiver Gesundheitsvorsorge, schaffen neue soziale Begegnungsräume, fördern die soziale Teilhabe und die Chancengleichheit in der Gesellschaft.

KULTUR

Wir setzen uns für ein Förderprogramm für den Erhalt und die Stärkung der vielgestaltigen kulturellen und künstlerischen Infrastrukturen ein. Neben unseren Braunschweiger Leuchtturminstitutionen wie dem Herzog AntonUlrich-Museum und dem Staatstheater wollen wir auch die freie Szene und die noch jungen, kreativen „Pflanzen“ gezielt fördern. Dazu braucht es den Ausbau bestehender und nachhaltig wirkender Förderprogramme bis in die Kreativwirtschaft hinein. Wir setzen uns für Mindesthonorare bei Veranstaltungen der Stadt und der Projektförderung ein, die durch entsprechende Verankerung in den Förderrichtlinien beschlossen werden sollten. Die Förderrichtlinien wollen wir vereinfachen und entbürokratisieren.

KULTURENTWICKLUNGSPROZESS

Wir arbeiten aktiv am Kulturentwicklungsprozess der Stadt mit, in dem unter anderem neue Unterstützungsstrukturen für den Kulturbereich erarbeitet werden. Dazu gehört die deutliche Schwerpunktsetzung der Kulturverwaltung zu einer moderierenden und vernetzenden Funktion in der Kulturlandschaft. Es braucht ein niedrigschwellig erreichbares Zentrum für Beratung, Kommunikation und Vernetzung, das mit anderen Kontakten in einem kulturellen Servicenetzwerk eng zusammenarbeitet. Wir wollen ein eigenständiges Vertretungsorgan der Kulturschaffenden in Form eines **Kulturrats**, das einen intensiven Dialog mit der Kulturverwaltung und den Vertreter*innen der Kulturpolitik führt und den Kontakt zu Stiftungen und Kulturförder*innen hält.

RAUMVERMITTLUNG

Wir setzen uns für eine Raumvermittlungszentrale für alle selbstorganisierten kulturellen Aktivitäten ein, die auch leer stehende Räume zur temporären Nutzung vermitteln sollte.
Zudem engagieren wir uns für die Ausweisung von Bereichen im öffentlichen Raum, die für kulturelle Aktivitäten unbürokratisch und kostengünstig genutzt werden können. Dazu soll ein kulturelles Freiflächenkonzept entwickelt werden. Wir wollen kulturelle Einrichtungen zu Treffpunkten und Kommunikationsorten entwickeln, zu „dritten Orten“. Beispielsweise wollen wir die Entwicklung der öffentlichen Bücherei zu einem solchen lebendigen dritten Ort unterstützen. Wir wollen **Förderprogramme für Ateliers und Bandübungsräume** vermitteln. Die Musikschule soll in den nächsten fünf Jahren einen Neubau erhalten, der auch einen zwanglosen Kommunikations- und Übungsort integrieren sollte.

KREATIVE STADTQUARTIERE

Zudem wollen wir ein gezieltes, von Stadtplanung und Kulturverwaltung entwickeltes Konzept für einzelne kreative Stadtquartiere umsetzen. Hier verbinden sich **Wohnen, Handel und kreatives Gewerbe** zu einer lebendigen Mischung. Dazu gehören die Bahn-

stadt und die Förderung des Projekts „Die Halle“, der Campus Nord mit dem CoLiving Campus als lebendes Reallabor für einzelne Vorhaben ebenso wie die gezielte Unterstützung der rund um die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (HBK) gewachsenen Szene im westlichen Ringgebiet. Wir wollen außerdem einen eigenen Fördertopf für Projekte der kulturellen Bildung schaffen. Kulturelle Aktivitäten von Migrant*innenorganisationen wollen wir auch durch den Kulturbereich niedrigschwellig unterstützen.

ATTRAKTIVE SPORT- UND BEWEGUNGSANGEBOTE FÜR ALLE SCHAFFEN

Als Träger*innen des Sports agieren neben den Sportvereinen auch private Sportanbieter*innen ebenso wie Schulen. Dazu kommen noch die Volkshochschulen, die Träger*innen der Jugendarbeit und ein wachsender Bereich des nicht vereinsgebundenen Freizeitsports. Leider gibt es aber sehr wenige Beispiele von gelungenen Kooperationen.

Unser Ziel sind fließende Übergänge zwischen Schulkindbetreuung und Vereinssport sowie privaten Sportanbieter*innen, sowohl in Hinsicht auf den Personaleinsatz als auch auf die Ressourcennutzung von Sportflächen. Gerade der Bereich der sozialen Arbeit, aber auch die Jugend- und Quartiersarbeit sollten mit sportlichen Angeboten kombiniert werden. Um das zu erreichen, wollen wir Kooperationshürden zwischen Vereinen, Schulen, freien Träger*innen und anderen Anbieter*innen identifizieren und abbauen. Wir wollen Bürokratie reduzieren, indem die Verwaltung fachbereichsübergreifende Projekte und Stellen schafft. Weiterhin müssen Vernetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, zum Beispiel durch ein Portal für Anbieter*innen von Schulkindbetreuungsprogrammen.

VEREINE STÄRKEN

Durch die Lockdowns kam das Vereinsleben teilweise zum Erliegen oder konnte nur in einem minimalen Maßstab umgesetzt werden. Dadurch gab es einen Rückgang der Vereinsmitglieder im zweistelligen Prozentbereich. Wir wollen die **Sichtbarkeit des Vereinssports und die Wertschätzung des Ehrenamts durch städtische Konzepte** fördern. Das können wir erreichen, indem wir Kooperationen mit Träger*innen von Sportevents verstärken und Veranstaltungen wie den „Find your Sports-Day“ regelmäßig und mehrmals im Jahr veranstalten. Die Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig von 2014 muss den neuen Ansprüchen des Sports entsprechen. Zu Recht werden die besonderen Leistungen in den Bereichen der Inklusion und Integration als Förderbedingungen anerkannt. Ebenso wie bei den Förderkriterien des Bunds muss auch die kommunale Entwicklung dahin gehen, dass Vereine profitieren, die durch ihre Vereinsarbeit Gewaltprävention leisten. Um Schutzkonzepte im Sport zu etablieren, benötigt es gezielte finanzielle Förderung und Beratung.

MENSCHEN ZUGANG ZU SPORTFLÄCHEN ERMÖGLICHEN – AUCH NICHTVEREINSMITGLIEDERN.

SPORTANLAGEN AUSBAUEN

Sportvereine verdienen hochwertige Sportanlagen. Daher wollen wir auf Grundlage des Sportentwicklungsplans den Neu- und Ausbau der Sportinfrastruktur auf hohem Niveau vorantreiben und eine optimale Auslastung aller Anlagen sicherstellen. Um den Sport im Freien auch bei schlechter Witterung zu stärken, sollen mit Augenmaß zusätzliche Kalthallen gebaut werden. Kunstrasenplätze sollten nur gebaut oder erhalten werden, wenn eine hohe Auslastung zu einer positive Ökobilanz im Vergleich zu Naturrasenplätzen oder Ascheplätzen führt. Viele Freizeitsportler*innen möchten öffentliche und wohnortsnahe Sportflächen nutzen. Offene Bewegungsangebote für Turn- und Koordinationsübungen, sogenannte Calisthenics-Parks, oder Skateanlagen sind wichtige soziale Treffpunkte, die neue Begegnungsmöglichkeiten in den Alltag bringen. Wir werden diese Entwicklung fördern und die Bürger*innenbeteiligung dazu stärken. Unser Ziel ist es, **möglichst vielen Menschen Zugang zu Sportflächen zu ermöglichen – auch Nichtvereinsmitgliedern.** Die Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen hat durch die Corona-Krise zusätzlich gelitten. Wir wollen uns dafür einsetzten, dass jedes Kind Schwimmen lernen kann. Im Westen der Stadt ist dafür der Neubau eines Schulschwimmbads anzustreben.

LEISTUNGSSPORT UNTERSTÜTZEN

Im Leistungssport ist Braunschweig gut vertreten. Zahlreiche Bundesligisten werben für unsere Stadt. Gute und wettbewerbsgerechte Infrastrukturen für Training und Wettkämpfe sind Voraussetzung, damit die Fans auch zukünftig Spitzensport in Braunschweig sehen und ihre Braunschweiger Teams anfeuern können. Die gute Sportinfrastruktur für unseren Spitzensport wollen wir Grüne weiter ausbauen und den Spitzensport in all seiner Diversität unterstützen. Durch die steigenden Auflagen für Sportveranstaltungen wie zum Beispiel Laufevents ist es wichtig, dass die Veranstalter*innen verlässliche Anlaufstellen und einfache Anmeldeprozeduren in der Verwaltung vorfinden. Große Sportveranstaltungen sollten zunehmend mit ÖPNV-Tickets und Abfallminimierung kombiniert werden. **Das Fanprojekt Braunschweig leistet wichtige sozialpädagogische Arbeit,** daher setzen wir uns auch weiterhin für verlässliche und angemessene finanzielle Rahmenbedingungen für die Arbeit des Fanprojekts ein.

DIGITALISIERUNG, FINANZEN UND VERWALTUNG

Unser Ziel ist eine effizient und vorausschauend handelnde Stadtverwaltung, die neue Projekte mutig angeht und nachhaltig wirtschaftet. Wir wollen uns daher für eine Verwaltung engagieren, die die Potenziale ihres Personals nutzt und dieses stärkt, die sich selbstkritisch hinterfragt und reformiert und die verantwortlich mit Finanzen umgeht.

Dazu gehört auch eine zukunftsorientierte Strategie in der Digitalisierung. Leicht zugängliche digitale Dienstleistungen für Einwohner*innen machen eine „Smart City" aus, wie wir sie in Braunschweig etablieren wollen. Rücksicht auf Datenschutz, Datensicherheit und die informationelle Selbstbestimmung sind für uns dabei selbstverständliche Grundbausteine.

DIGITALISIERUNG

Wir engagieren uns für eine **konsequente Digitalisierung der Verwaltung**. Alle Anträge und Dienstleistungen der Verwaltung, die für Braunschweiger*innen zur Verfügung stehen, sollen, sofern technisch möglich, auch digital genutzt werden können. Das vereinfacht sowohl die Abläufe in der Verwaltung als auch den Prozess für Antragsteller*innen. Der digitale Personalausweis soll dabei grundsätzlich als Identifikationsmittel akzeptiert werden. Eine elektronische Bürger*innenakte soll für ämterübergreifenden Datenaustausch sorgen, damit dieselben Daten nicht mehrfach an unterschiedlichen Stellen der Verwaltung erhoben werden müssen. Für die genannten Vorhaben ist geschultes Verwaltungspersonal ein wichtiger Erfolgsfaktor. Dies möchten wir durch gezielte Fortbildungen in der Verwaltung sicherstellen.

SICHERHEIT, OPEN SOURCE, OPEN DATA

Städte müssen vorbildlich mit den Daten ihrer Einwohner*innen umgehen. Je digitaler die Stadtverwaltung wird und je mehr Daten digital verarbeitet werden, desto wichtiger wird die Aufgabe, diese zu schützen. Die IT-Sicherheit in öffentlichen Einrichtungen und Organisationen wollen wir deshalb durch umfassende Schutzkonzepte stärken.

Wir wollen zudem die Abhängigkeit von teils teuren proprietären IT-Lösungen in der Verwaltung reduzieren. Wann immer möglich, soll in der Stadtverwaltung Open-Source-Software zum Einsatz kommen. Darüber hinaus wollen wir, dass in der Stadt das Konzept „Public Open Data" gelebt wird. Das heißt, dass durch öffentliche Einrichtungen erhobene **Daten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Daten, wie zum Beispiel zu Demografie, Umwelt oder Verkehr, sollen so unter anderem der Forschung und der Wirtschaft zur Verfügung stehen.** Dazu sollte die Stadt in Kooperation mit lokalen Forschungseinrichtungen eine Internetpräsenz aufsetzen, auf der – ähnlich zu Corona-Daten – Umwelt- und Klimadaten zum Stadtgebiet automatisiert gesammelt und der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Dafür muss eine standardisierte Dateneinspeisung mit Forschungseinrichtungen, weiteren relevanten Institutionen und Forscher*innen vereinbart werden.

DIGITALISIERUNG ALS CHANCE ZUR BETEILIGUNG

Es müssen verbindliche Konzepte zur Beteiligung für alle Bereiche der Kommunalverwaltung entwickelt werden. Bürger*innenbeteiligung muss ein selbstverständliches Element für jede Planung sein. Dazu gehören beispielsweise **Bürger*innenbefragungen oder -workshops – auch digital.** Denn neben Vereinfachungen für Braunschweiger*innen bei Anträgen und der Kommunikation mit Behörden kann die Digitalisierung auch den Dialog zwischen Verwaltung und Einwohner*innen fördern. Wir wollen deshalb, dass die bestehenden Möglichkeiten der Online-Bürger*innenbeteiligung ausgeweitet werden. Beispielsweise können so Bedarfe in der Bevölkerung erfasst werden. Auch der Kreativität und dem Ideenreichtum der Braunschweiger*innen wollen wir durch digitale Formate einen Raum geben, zum Beispiel durch **„Hackathons", in denen Menschen gemeinsam digitale Lösungen für Probleme entwickeln.**

ZUGÄNGE VERBESSERN, HÜRDEN ABBAUEN

Die vielen Möglichkeiten der Digitalisierung sind auch eine Chance, die Inklusion zu stärken. Wo dies nicht möglich ist, muss zumindest darauf geachtet werden, dass durch die Digitalisierung keine neuen Hürden aufgebaut werden. Im gesamten Stadtgebiet wollen wir für Braunschweiger*innen, Besucher*innen und Unternehmen die Verfügbarkeit von schnellem Internet verbessern und dabei den Stand der Technik nutzen. Dafür soll die Stadt mehr Zugangspunkte für **öffentliches WLAN** schaffen sowie den Ausbau des Breitband- und 5-G-Netzes im Stadtgebiet vorantreiben.

SCHULEN AUSSTATTEN

Die Corona-Krise hat die Digitalisierung in den Schulen teilweise beschleunigt, aber auch Probleme offengelegt. Um die Potenziale digitaler Technologien im Schulalltag nutzbar zu machen, ist **schnelles Internet** eine Grundvoraussetzung. Wir wollen daher, dass schrittweise alle Schulen ans Glasfasernetz angebunden

werden. Wie in der Verwaltung gilt auch in Schulen, dass neue Technik auch beherrscht werden muss. Das **Fachwissen** von Administrator*innen in Schulen muss daher dem Stand der Technik folgen, weshalb wir uns auch in diesem Bereich für Fortbildungsmaßnahmen starkmachen werden.

HAUSHALT UND FINANZEN

Unsere Leitlinie ist ein nachhaltiges und generationsgerechtes Haushalten. Auch die verantwortungsbewusste Kreditfinanzierung ist für uns ein geeignetes Mittel für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen. Pauschale Sparmaßnahmen aus Prinzip, wie die Streichung von dringend benötigten Stellen in der Verwaltung, halten wir für kurzsichtig und nicht zielführend. Öffentliche Gebäude, die Verkehrsinfrastruktur, Grünanlagen und unsere sozialen, kulturellen und stadtteilbezogenen Einrichtungen müssen in ihrer Vielfalt erhalten bleiben. Sanierungsbedarf heute anzugehen, statt ihn aufzuschieben, wird in späteren Jahren Geld einsparen und nachfolgende Generationen entlasten. Wenn die Mittel für umfassende neue Konzepte nicht ausreichen, setzen wir uns für Erprobungen in Modellprojekten ein.

ÖFFENTLICHES EIGENTUM STÄRKEN

In Braunschweig wurden in der Vergangenheit Privatisierungen kommunaler Unternehmen zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern benutzt. Dies ist für uns kein nachhaltiges Vorgehen. Weiteren Privatisierungen von kommunalem Eigentum oder öffentlich-privaten Partnerschaften stimmen wir nur zu, wenn nach gründlicher Prüfung ein Mehrwert für die Braunschweiger*innen zu erwarten ist. BS Energy und die Stadtentwässerung sehen wir langfristig mehrheitlich wieder in kommunaler Hand. Auch der Bestand an Wohnraum im Eigentum öffentlicher Gesellschaften soll in Zukunft deutlich steigen.

GELD IN ZUKUNFT INVESTIEREN

Die Stadt Braunschweig und die kommunalen Gesellschaften verfügen über diverse Geldanlagen und Beteiligungen. Wir Grüne unterstützen das Investment in soziale und ökologische Nachhaltigkeit im Finanzsektor. Gleichzeitig unterstützen wir die **Divestment-Forderungen:** Die Stadt Braunschweig muss unethische und umweltschädliche Kapitalanlagen und Finanzierungen, zum Beispiel von Unternehmen aus der Atomwirtschaft, Rüstungsindustrie oder fossilen Energiewirtschaft, zukünftig von ihren Geschäften ausschließen. Bei den städtischen Gesellschaften und verbundenen Unternehmen bzw. Anstalten wie der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) wollen wir auf eine ebenso nachhaltige Wirtschaftsweise hinwirken.

SPARKASSE KOMMUNALISIEREN

Auch in einem anderen Punkt liegt unser Augenmerk auf der BLSK: Fast alle Kommunen unterhalten direkt oder indirekt Sparkassen. Diese sind oft wichtige Partner kleiner und mittelständischer Unternehmen und generieren Gewerbesteuereinnahmen. Die BLSK ist hingegen keine eigenständige kommunale Bank, sondern Teil der NORD/LB. Wir Grüne fordern eine selbstständige BLSK und setzen uns über die kommunalen Vertreter*innen im Verwaltungsrat dafür ein. Ein Sparprogramm bei der NORD/LB zulasten der BLSK lehnen wir ab.

BEDARFSORIENTIERTE STADTVERWALTUNG

Wir setzen uns für eine grundlegende Verwaltungsreform hin zu einer agilen, ermöglichenden Verwaltung ein. Das Leitbild für die Braunschweiger Verwaltung sollte die Ermöglichung der Umsetzung von Zielen unter Beachtung von gesetzlichen Richtlinien und Bestimmungen sein.

VERWALTUNGSREFORM

Derzeit sind viele Prozesse in der Braunschweiger Stadtverwaltung unnötig kompliziert, da Abstimmungsverfahren umständlich ausgestaltet sind, Doppelarbeit stattfindet und es an dezernatsübergreifender Projektarbeit fehlt. Das Ergebnis sind langwierige Dauern bis zu einer Entscheidungsreife oder Umsetzung und letztendlich auch eine Verteuerung von Vorhaben.

Wir wollen mehr **Verantwortung und Ressourcenentscheidung auf die ausführenden Fachbereiche** übertragen, anstatt die wesentliche Entscheidungsbefugnis beim Personal- und Ordnungsdezernat und dem Finanzdezernat zu bündeln.
Es gibt viele engagierte und fähige Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, deren Potenzial wir nutzen wollen. Eine Verwaltungsreform ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Personalpolitik sowie für die Umsetzung all unserer inhaltlichen Ziele. Die Stadt als Arbeitgeberin muss als Vorbild dienen und aktive Mitgestaltungsrechte, regelmäßige Angebote zur Weiterqualifizierung, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sowie ortsflexible Arbeitsformen mit angemessener Ausstattung bieten. Dazu zählen auch Arbeitszeitsouveränität, um die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben zu verbessern, die Gleichstellung aller Geschlechter und gesunderhaltende Arbeitsbedingungen. Thematisch wollen wir den Klimaschutz zur Chef*innensache erklären, um ihm in der Verwaltung den nötigen Stellenwert und eine ausreichende Personalausstattung zu geben. Außerdem muss das Sozialreferat als integrierte Stabsstelle beim Sozial-, Schul- und Bildungsdezernat beibehalten werden. Es braucht eine ausreichende personelle Ausstattung, um seinen umfangreichen Aufgaben gerecht werden zu können. Wir wollen erreichen, dass in der Stadtverwaltung die verschiedenen Querschnittsaufgaben der Gesundheitsvorsorge besser fachbereichsübergreifend koordiniert werden, und es braucht mehr Personal für die Schul- und die Bauverwaltung. Das Büro für Migrationsfragen wollen wir innerhalb der Stadtverwaltung deutlich auf-

werten, damit es stärkere Wirksamkeit entfalten kann. Wir wollen, dass die **Stadt** stärker selbst **als Projektentwickleri**n auftritt. Sie soll eigenständig städtebauliche Ziele formulieren und dafür ggf. Investor*innen einwerben, statt lediglich auf Pläne von Investor*innen zu reagieren. Weiterhin soll die Stadt sich selbst verpflichten, Führungspositionen mit Personen mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Braunschweiger Bevölkerung zu besetzen. Die Stadtverwaltung und die kommunalen Betriebsgesellschaften müssen die gesetzliche Quote bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen endlich erfüllen. Damit übernehmen öffentlich finanzierte Arbeitsplätze eine Vorbildfunktion für private Unternehmen.

NACHHALTIGE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG UND VERGABE

An Braunschweiger*innen wird aus vielen Richtungen appelliert, nachhaltig zu konsumieren. Die Stadtverwaltung muss hier mit bestem Beispiel vorangehen und ihre Beschaffungsrichtlinien entsprechend anpassen. Wir setzen uns daher für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ein. Die Leitlinie sollte dabei sein, dass Ressourcen geschont werden, Abfall vermieden wird und Waren aus fairer und ökologisch-nachhaltiger Produktion stammen. Weiterhin müssen tarifgerechte Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Durch Digitalisierungsmaßnahmen hat und wird die Verwaltung große Mengen Papier sparen. Wir setzen uns dafür ein, dass der gesamte Restbedarf der Stadt und ihrer Gesellschaften zu 100% aus Recyclingpapier gedeckt wird, wenn dem keine Archivierungsgründe entgegenstehen. Auch soll der Strom im gesamten Stadtkonzern aus 100% erneuerbaren Energien bezogen werden. Auch bei öffentlich beschaffter Kleidung, beispielsweise Uniformen, wollen wir nachhaltige Kriterien anlegen. Die Stadt sollte zudem ihren Mitarbeiter*innen die Möglichkeit zur Reparatur kaputter Kleidungsstücke anbieten. Bei der Beschaffung sonstiger Materialien müssen die CO_2-Bilanz der Produktion sowie Langlebigkeit und Reparierbarkeit wesentliche Kriterien sein. Ausgemusterte Materialien wollen wir, sofern der Zustand dies noch rechtfertigt, auf lokalen Handelsplattformen Einwohner*innen zum Kauf oder zur kostenlosen Übernahme anbieten lassen.

Wir wollen, dass bei öffentlichen Veranstaltungen, Empfängen und Terminen der Stadt und ihrer Gesellschaften grundsätzlich nur biozertifizierte Speisen und Getränke angeboten werden. Primär sollen diese vegetarisch und vegan sowie möglichst fair, regional und saisonal produziert sein.

UNSERE SPITZEN-KANDIDAT*INNEN

FÜR DEN RAT DER STADT

LISA-MARIE JALYSCHKO

(Östliches Ringgebiet): Wir schaffen mehr sozialgerechten Wohnraum, damit Braunschweig ein Zuhause für alle bleibt!

HELGE BÖTTCHER

(Innenstadt/Südlicher Ring): Wir stehen für solide, nachhaltige und gerechte Finanzen – auch für zukünftige Generationen!

SABINE KLUTH

(Westlicher Ring): Straßen und Plätze für die Menschen zurückgewinnen – mobil zu Fuß und mit dem Rad.

GORDON SCHNEPEL

(Nordost): Für Braunschweig als Profiteurin des Wandels und für Bewegungs- und Begegnungsräume vor Ort.

LEONORE KÖHLER

(Südost): Ein Braunschweig für alle gestalten – weltoffen, solidarisch und geschlechtergerecht!

FELIX BACH

(Nordwest): Stadt für Kinder und Jugendliche – selbstbestimmt, chancengerecht und mit echter Beteiligung!

ROBERT GLOGOWSKI

(Nördlicher Ring): Intelligente und nachhaltige Wirtschaftspolitik. Gemeinsam. Mutig. Zuverlässig.

DR. BURKHARD PLINKE

(Südwest): Unsere Stadt wird klimaneutral – mit Energie aus Sonne, Wind und Biomasse.

ÜBERSICHT

ÜBER ALLE UNSERE
KANDIDAT*INNEN FÜR DEN
RAT DER STADT BRAUNSCHWEIG
SOWIE FÜR
DIE STADTBEZIRKSRÄTE :

gruene-braunschweig.de/kommunalwahlen-2021

gruene-braunschweig.de